



Ökonomie, die

Die Voreingenommenheit der Wirtschaftswissenschaften und der Politik gegenüber anderen Denkhaltungen und der Geschlechterfrage ist lebensgefährlich geworden

KATHRIN GERLOF

In ihrem im März in deutscher Sprache erscheinenden Buch *Die Donut-Ökonomie* (Hanser Verlag) widmet sich die Autorin Kate Raworth eingangs der umfassenden Krise der Wirtschaftswissenschaften, deren öffentlicher Kanon seit jeher von Männern diktiert wird. Ökonomen seien mit der Aura der Autorität ausgestattet. »Sie sitzen in der internationalen politischen Arena – von der Weltbank bis zur Welthandelsorganisation – als Experten in der ersten Reihe. In den USA beispielsweise ist das Council of Economic Advisers des Präsidenten das einflussreichste, renommierteste und am längsten bestehende Beratungsgremium des Weißen Hauses...«

John Maynard Keynes oder Adam Smith waren nicht die einzigen, die vor der Macht ihres Berufsstandes warnten. Keynes beklagte, dass die Gedanken der Ökonomen, egal, ob sie im Recht oder im Unrecht seien, einflussreicher seien, als gemeinhin angenommen. »Praktiker, die sich ganz frei von intellektuellen Einflüssen glauben, sind gewöhnlich Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen.« Friedrich August von Hayek bekam 1974 als erster den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften verliehen und merkte an, er hätte sich, wäre er gefragt worden, gegen die Einrichtung eines solchen Preises ausgesprochen, da der Nobelpreis einem Menschen eine Autorität verleihe, die in der Ökonomie niemandem zukäme.

Wenn es einer Wissenschaft gelingt, über Jahrhunderte hinweg fast ausschließlich die männliche Sicht- und Denkweise in die Öffentlichkeit zu tragen, ins Bewusstsein zu pflanzen und ihr Einfluss zu verschaffen, hat dies irgendwann gravierende Folgen.

Raworth erklärt, dass in den USA jährlich rund fünf Millionen Collegestudenten einen Ökonomiekurs absolvierten, der als standardmäßiger Einführungskurs namens Econ 101 inzwischen weltweit angeboten und gelehrt würde. Überall dieselben Lehrbücher, dieselbe Denkhaltung, derselbe Einheitsbrei, dieselben Zahlen und Kurven, die Geisteshaltung

der 1950er Jahre, die Theorien des 19. Jahrhunderts. Übertrüge man dies auf irgendeine andere wissenschaftliche Disziplin, beispielsweise die Medizin, ginge man lieber zur Wunderheilerin, als sich in ein Krankenhaus zu begeben.

Die Politik aber holt sich die Grundlagen für ihre Wirtschaftspolitik genau dort ab, wenn sie nicht von vornherein Wirtschaftslobbyisten den Vorzug als Einflüsterer gibt. Was sie meist tut. Wer über die Neoklassik und das politische Projekt des Neoliberalismus, der sich aus ihr nährt, hinausgeht, sich anderen Schulen, Denkrichtungen, Möglichkeiten öffnet, gilt wahlweise als exotisch, bekloppt oder niedlich.

Der feministischen Ökonomie, bei der wir uns trefflich streiten können, ob sie eine Denkrichtung, eine Nische oder ein grundlegend neuer Ansatz für ökonomisches Handeln ist, kommt seit Ausbruch der Finanzkrise etwas mehr Aufmerksamkeit zu. Die Krise hatten vor allem Männer zu verantworten (auch wenn die Frage, ob Lehman Sisters ebenfalls Pleite gegangen wären, nie beantwortet werden kann), als Krisenmanagerinnen kamen in der Politik, vor allem aber in den Familien und Sozialräumen, viele Frauen zum Zug. Nennen wir sie Trümmerfrauen.

Wer sich allerdings heute bei Google ein Alert für die Begriffe Wirtschaftsexperte und Wirtschaftsexpertin einrichtet, wird unter erstem Wort regelmäßig belohnt und bekommt tagelang nichts zum zweiten Wort geboten.

Der Postkapitalismus ist ebenfalls Männersache. Bislang.

Das ist ein vergleichsweise alberner Beweis, tatsächlich aber entspricht die an die Öffentlichkeit gelangende Expertise von Ökonominen nicht deren tatsächlicher wissenschaftlicher Leistung. Das war schon immer so und das trifft auch auf jene neuen Denkansätze zu, die sich mit der Frage befassen, wie eine Gesellschaft nach dem Kapitalismus aussehen und wie ein anderes Wirtschaftssystem jenseits des kapitalistischen funktionieren kann.

Der Postkapitalismus ist ebenfalls Männersache. Bislang. Es wäre interessant, im Stile der G-20-Ikonografie ein Foto all jener, öffentlich zumindest diskutierter, Ökonom*innen zu sehen, die als Expertise für neue ökonomische Ansätze gelten. Und in dem Suchbild die Frau zu finden.

Die feministische Ökonomie kann für sich weiterhin in Anspruch nehmen, als einzige Denkschule den großen Bereich der Reproduktionsarbeit und die Geschlechterverhältnisse in den Blick und Fokus zu nehmen. Barbara Fried, Vizedirektorin des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, monierte zu Recht, dass Klasse und Feminismus weiterhin gegeneinander ausgespielt werden.

In der Bundesrepublik war schon vor 15 Jahren die Reproduktionsarbeit zeitlich um das 1,7-fache größer als die Lohnarbeit. Gabriele Winker, Mitbegründerin des Feministischen Instituts Hamburg, sieht in der sogenannten Care-Revolution deshalb auch einen grundlegenden Perspektivwechsel, der statt Profitmaximierung die Verwirklichung menschlicher Bedürfnisse ins Zentrum gesellschaftlichen und ökonomischen Handelns stellt. Dieser Ansatz könnte heißen, alle gesellschaftlich für die Daseinsvorsorge notwendigen Arbeiten von der Warenproduktion und damit von Verwertungsprinzipien auszuschließen.

Das alles wird viel zu wenig diskutiert. Kate Raworth: »Den Kern des herkömmlichen wirtschaftlichen Denkens bildet eine Handvoll Diagramme, die ohne Worte, jedoch sehr eindrücklich Art und Weise bestimmen haben, wie wir über die ökonomische Welt denken – und alle diese Diagramme sind überholt, betriebsblind oder schlicht falsch.«

SCHWERPUNKT ÖKONOMINNEN

Seite 3 Das Jungsthema

Sabine Nuss über Herr-Schaft, Ökonomie und Selbstzweifel

Seite 6 Eine Selbstverständlichkeit

Die DDR-Ökonomin und Ministerin Christa Luft im Gespräch

Seite 18 Ein Anfang

Silja Graupe und Florian Rommel über neue Orte für ökonomische Bildung

MURX

VINCENT KÖRNER

Eine Politischen Ökonomie des Umfrageswesens ist noch nicht geschrieben. Oder doch? Man könnte eine Umfrage dazu in Auftrag geben, aus den Ergebnissen dann Schlagzeilen kneten und darauf warten, dass das mediale Echo auf das Antwortverhalten der übernächsten Umfrage zurückwirkt. Mag sogar sein, dass wir irgendwann eine Mehrheit vermelden könnten? Wofür? Keine Ahnung, denn 40 Prozent antworteten mit »Weiß nicht«.

Zurück zum Thema. Dieser Tage verlautete, eine Umfrage habe erwiesen, dass Frauen denken, Männer könnten nicht so gut mit Geld umgehen – und Männer dasselbe von Frauen glauben. Am Ende kommen dann Durchschnittswerte heraus: 32 Prozent aller Befragten meinten, es seien die Frauen, die besser mit Geld umgehen könnten. Nur magere 19 Prozent meinten, Männer seien auf diesem Gebiet besser. Was wir daraus lernen? Nun, Auftraggeber der Umfrage war eine Bank, die sich so ins Gespräch brachte. Es lässt sich eben trefflich über Fragen zu reden wie »Wer neigt eher dazu, Geld für unnötige Sachen auszugeben?« Zumal in Zeiten, in denen das Überwinden von Rollenmodellen dazu führt, dass eben diese Rollenmodelle wieder im Kurs steigen.

Was »unnötige Sachen« sind, hätten wir allerdings schon gern erfahren. Andererseits geht es uns wie den 47 Prozent, die meinten, es gebe gar keinen Unterschied. Wahrscheinlich dämmert es dieser relativen Mehrheit, dass es mit der Realabstraktion Geld doch mehr auf sich hat, als man am angeblich geschlechterspezifischen Verhalten durchdeklinieren könnte. Und so warten wir einfach auf die nächste Umfrage, in der die Leute dann darauf antworten, was Geld eigentlich ist, warum es entscheidend ist, was sich darin für soziale Verhältnisse ausdrücken und wer davon viel zu viel hat, weil er sich fremde Arbeit aneignen kann. Und ehrlich: Wir würden dabei nicht die Bohne auf die Unterschiede bei den Antworten von Frauen und Männern glotzen. Es könnte nämlich sein, dass es sich bei solchen Ergebnissen um ziemlichen Murx handelt.



Eine zweite stille Revolution

Die Zahl der Ökonominen wächst, und doch sind die Wirtschaftswissenschaften immer noch eine Männerdomäne. Das hat Folgen: für die Inhalte, für die Einkommen, für Einfluss und für Posten

TOM STROHSCHNEIDER

Es ist nicht lange her, da meldete das Statistische Bundesamt, der Anteil von Frauen in der Professorenenschaft an deutschen Unis sei auf 23 Prozent gestiegen. Fast ein Viertel! Es klang wie eine frohe Botschaft. In absoluten Zahlen für 2015, neuere Daten lagen nicht vor, waren das bundesweit genau 10.501 Professorinnen. Das sind fast doppelt so viele wie noch zehn Jahre zuvor. »Stetig« sei der Anstieg, hieß es in Wiesbaden. Man darf hinzufügen: Der Zuwachs vollzieht sich immer noch langsam, wenn man die gleichstellungspolitischen Schaufensterreden zum Maßstab nimmt. Und es handelt sich um einen Zuwachs, der es bisher praktisch immer noch nicht über ein relativ erbärmliches Niveau hinausgeschafft hat. Nicht einmal ein Viertel der Professuren wird von Frauen besetzt. Die Hochämter des Akademischen – eine Dreiviertel-Männer-Gesellschaft.

Inzwischen wird vielerorts recht viel dafür getan, dass sich das ändert. Es gibt Regelungen, die bei der Besetzung von Stellen für geschlechtergerechtere Verhältnisse sorgen sollen. Das Thema ist auch in der Politik nicht mehr nur eines unter ferner liefen. Wer auf das Missverhältnis hinweist, wird heute nicht länger sofort als Quotenfuzzi abgetan. Und es ist »normaler« geworden, dass Frauen erfolgreich in die Spitzenjobs der Wissenschaft drängen. Das schafft Vorbilder und befeuert auch beim Nachwuchs das Selbstbewusstsein.

Und doch bleibt es ein langsames Aufschließen zu einer Selbstverständlichkeit. In den vergangenen Jahren ist dabei auch das Interesse an den Zuständen in den Wirtschaftswissenschaften gewachsen. Jede Menge Zahlen illustrieren diese »zweite stille Revolution« – als erste wurde die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen insgesamt bezeichnet, den Begriff prägte die US-Ökonomin Claudia Goldin, die in Harvard Volkswirtschaft lehrt.

Nun also auch in der Ökonomik? Frauen seien »eine (stark) wachsende Minderheit«, heißt es etwa in der Metastudie über Selbstbeschreibungen bundesdeutscher Wirtschaftswissenschaftler, die Thomas Fricke unter dem Titel »Altes Einheitsdenken oder neue Vielfalt?« 2017 vorgelegt hat. Immerhin sei die Entwicklung eindeutig – weg »von einer fast ausschließlichen Männerwissenschaft«. Bei einer Befragung 1981 lag der Anteil der akademisch tätigen Ökonominen noch »bei verschwindenden 4,8 Prozent«, bis 2006 war der Anteil in einer anderen Studie auf 13 Prozent

gewachsen, 2010 waren es bereits 15,4 und 2015 dann 17,2 Prozent.

Die »Wirtschaftswoche« beobachtete vor ein paar Jahren, wie an Universitäten und Forschungsinstituten »eine neue Generation von Top-Ökonominen« heranwächst. Der Wandel »in der ehemaligen Männerdomäne« zeige sich etwa daran, dass 1993 »nur 15 Prozent der Volkswirte, die eine Promotion abschlossen, weiblich« waren, gut 20 Jahre später wurde ihr Anteil mit über 30 Prozent taxiert. Etwas weniger schnell zieht die Zahl der Habilitandinnen in der Ökonomie an: 1981 waren es fünf Prozent, zwei Jahrzehnte danach »durchschnittlich 20 Prozent«, so das Magazin damals.

Auch die »Frankfurter Allgemeine« sah vor einiger Zeit »eine neue Generation von Ökonominen« heranwachsen, wenn auch nur »langsam«. Die Zeitung illustrierte dies mit folgenden Zahlen: Anfang der 1990er Jahre habe es »in Deutschland sieben weibliche VWL-Professoren« unter den »insgesamt 313« Lehrstuhlinhabenden gegeben, vor fünf Jahren waren es demnach »60 Frauen von 507 Professuren, also rund 12 Prozent«.

Dorothea Schmidt hat mit Kolleginnen vor ein paar Jahren untersucht, »wie es in Deutschland in den letzten Jahrzehnten zur zunehmenden Feminisierung wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildungsgänge gekommen ist«. Die Ergebnisse wurden seinerzeit unter dem Titel »Auf halbem Weg« veröffentlicht.

Die Wirtschaftswissenschaften seien »in den letzten Jahren von einem Männer- zu einem gemischten Studienfach und zur quantitativ wichtigsten Disziplin für junge Frauen geworden«, wird das Ergebnis beschrieben. »Es hat sich gewissermaßen hinter dem Rücken der meisten Beteiligten eine Veränderung von erheblicher Tragweite ergeben.«

Hinter dem Rücken auch der Öffentlichkeit. Denn so sehr man die Fortschritte betonen sollte, weil sich darin zeigt, dass Wandel möglich ist, so realistisch muss man bleiben. Im aktuellsten Ökonomen-Ranking der »Frankfurter Allgemeinen« taucht die Bonner Wirtschaftswissenschaftlerin Isabel Schnabel auf Rang 11 auf – als eine von drei Frauen unter den ersten 30. Nun wird man sagen dürfen, dass sich der zu geringe Anteil an Ökonominen in der Forschung und der Lehre auch in solchen Experten-Listen niederschlagen muss. Die Tatsache, dass in diesen Charts der Frauenanteil unter den Top 30 bei nur zehn Prozent liegt, belegt aber auch, wie langsam sich die Verhältnisse ändern.

Dabei erweist sich die Methode des Rankings zugleich als Motor der Reproduktion

Das Bild von Führung orientiert sich noch immer an den tradierten männlichen Lebenswirklichkeiten.

ungleicher Geschlechterverhältnisse wie auch als Gradmesser für diese: Wer oben landen will, muss laut der Zeitung »in mindestens zwei Feldern Resonanz vorweisen können: in der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit«. In den Medien freilich spielen Ökonominen jenseits mancher Echokammer kaum eine Rolle. Und damit werden sie, ihre Ansätze, ihre möglicherweise alternativen Erklärungen auch diskursiv verbannt.

Wenn hierzu eine Wirtschaftsexperte aktuelle Politik kommentieren soll, spricht eine Handvoll »Top-Ökonomen«. Und eben fast keine Frau. Schnabel ist als Mitglied im Sachverständigenrat der Regierung eine der Ausnahmen ebenso wie die Energieexpertin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Das Ganze funktioniert dabei wie eine Art Kreislauf: Experte wird man auf der öffentlichen Bühne, und die öffentliche Bühne holt sich Rat und Zitat bei Experten.

Die Geschlechterverhältnisse in der Ökonomik sind zugleich Ausdruck einer allgemeinen Schiefelage. Das geht bei der Frage der Aufstiegschancen los, betrifft die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und hört bei den Einkommensbedingungen nicht auf.

Die Münchner Ökonomin Monika Schnitzer hat einmal auf die Schwierigkeiten hingewiesen – der Weg zur Professur ist lang und nicht eben mit Familienplanung kompatibel. In dem Moment, wo Frauen mit Kindern dann zum Beispiel in Teilzeit gingen, setze oft ein Karriereknick ein. Schnitzer übrigens wurde als erste Frau zur Vorsitzenden des Vereins für Sozialpolitik gewählt, so etwas wie der Dachverband der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland.

Inzwischen gelangen Wirtschaftsakademikerinnen vermehrt in Positionen, die für sie früher un erreichbar waren, heißt es beim Deutschen Gewerkschaftsbund – der aber auf »erhebliche Einkommensunterschiede zu den Kollegen« verweist. Das wiederum hat etwas mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun, wie man aus der bereits genannten Studie »Auf halbem Weg« lernen kann, an der neben Dorothea Schmidt auch Andrea-Hilla Carl und Friederike Maier mitwirkten.

Bei der Einschätzung der Aussichten auf die eigene Berufsbiografie – man kann auch sagen die Karriere – reflektieren Frauen die ungünstigen Bedingungen oft schon mit »und fühlen sich stärker als Männer dafür zuständig, funktionierende Arrangements zu finden«. Hinzu kommen gesellschaftliche Rahmenbedingungen, »die das Geschlecht immer noch zu einem Kriterium der Differenz machen, aber auch die betrieblichen Einstellungs-, Personal- und Organisationspolitiken«.

Eine Folge: Ökonominen bekommen im Schnitt weniger Gehalt. Ausgebildete Wirtschaftswissenschaftler würden schon »höher« einsteigen als ihre Kolleginnen. Je länger man Berufsbiografie verfolgt, desto größer wird dann der Graben, so Schmidt und Kolleginnen. Nach zehn Jahren verdienen Wirtschaftsakademikerinnen nur 72 Prozent des Gehalts männlicher Kollegen.

Die Sache bekommt noch schärfere Kontur, wenn man sich vergegenwärtigt, dass heute etwa die Hälfte der Studienanfänger Frauen sind und die ökonomischen Fachrichtungen bei der Studienplatzwahl eine führende Rolle bei den Studentinnen spielen.

Noch 2014 veröffentlichte das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit Ergebnisse einer Studie über Großbritannien, welche eine Hauptursache darin sah, »dass Frauen aufgrund kultureller und sozialer Prägung schon im Kindesalter wenig Interesse für Mathematik zeigen und sich folglich deutlich seltener für ein VWL-Studium entscheiden als Männer«. Die Geschlechterunterschiede bei den Vorlieben für bestimmte Fächer seien aber »keineswegs naturgegeben, sondern primär ein Ergebnis kultureller Prägung«, so einer der Autoren, Mirco Tonin.

Ein Faktor tritt noch hinzu: der Inhalt der herrschenden ökonomischen Lehre. »Feministische Ökonominen wollen sich nicht verarschen lassen von der klassischen Wirtschaftstheorie, die nur ein Geschlecht kennt, weil allein ein Geschlecht sie geschaffen hat«, hat die »Süddeutsche Zeitung« das einmal aus dem Blickwinkel der Kritikerinnen auf den Punkt gebracht.

Birgit Erbe von der Frauenakademie München und die Mitgründerin der Frauengenossenschaft WeiberWirtschaft, Claudia Neusüß, haben in einer Betrachtung über die feministische Debatte um die globale Finanz- und Wirtschaftskrise angemerkt, »immer noch sind kaum Frauen an exponierteren Stellen der Wirtschaftswissenschaften zu finden und Wissenschaftlerinnen, die sich mit Makroökonomie aus feministischer Perspektive beschäftigen, sind rar.«

Das macht sich dann natürlich im gesamten Fach bemerkbar. Auch Claudia Goldin hat die Volkswirtschaftslehre, so wie sie an den Unis immer noch meist gelehrt wird, als abschreckend für Frauen bezeichnet. Diese wollten »über Fragen nachdenken, die am Menschen orientiert sind, und sie wollen Lösungen«.

Immerhin: Beim DGB heißt es, es gebe inzwischen »mehr Studentinnen der Wirtschaftswissenschaften als zum Beispiel der Germanistik«. Dafür mögen auch andere Konjunktoren eine Rolle spielen, etwa die Jobaussichten. Zwar verweist die Stiftung für Hochschulzulassung darauf, dass die Wahl »geschlechtertypischer Fächer« heute immer noch stark durchschlage. »Den Hintergrund für diese geschlechtsstereotypen Berufs- und Studienfachwahl bilden oft auch unterbewusst Geschlechterrollenbilder, die nach wie vor Männlichkeit mit Technik und Weiblichkeit mit sozialen und kommunikativen Kompetenzen verbinden.« Allerdings würden langsam diese »traditionellen Muster ... aufgebrochen«.

Nimmt die zweite stille Revolution also jetzt Fahrt auf? Zumindest sind die Voraussetzungen so gut wie bisher nicht. Mehr Professorinnen, mehr plurale Ökonomik, mehr Netzwerke selbstorganisierter Wirtschaftswissenschaftlerinnen. Aber noch ist es ein ganzes Stück Weg.

Die in Harvard lehrende deutsche Ökonomin Iris Bohnet hat vor ein paar Wochen im »Spiegel« gefordert, »Schulen, Universitäten, Firmen und öffentliche Institutionen« so zu gestalten, »dass sich dort Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht oder auch ihrer Hautfarbe behaupten« können. Dazu braucht es politischer Eingriffe.

Dazu würde aber auch gehören, mit Kritik an bestimmten Denkwegen nicht Halt zu machen. In der erwähnten Studie von Thomas Fricke erfährt man, dass 2010 bei einer Umfrage unter Wirtschaftswissenschaftlern über 50 Prozent für den geringeren Anteil von Frauen deren mangelndes Interesse als Grund angaben. Mehr noch: Vier Prozent meinten gar, Frauen könnten weniger geeignet sein für ökonomisch-analytisches Denken.



Die Ökonomie braucht den Feminismus dringend

Katharina Mader arbeitet am Institut für Institutionelle & Heterodoxe Ökonomie

Im Jahr 2017 erhielt sie den 16. Wiener Frauenpreis, da war die 1981 in Wien geborene Ökonomin auch schon recht bekannt. Soweit Frau bekannt werden kann, wenn sie sich mit Wirtschaftswissenschaften beschäftigt. In Österreich ist das allerdings ein wenig anders, als in Deutschland. Dort gibt es zum Beispiel an der Wiener Universität das Institut für Institutionelle & Heterodoxe Ökonomie, an dem Katharina Mader seit 2007 arbeitet.

Man kann heterodoxe Ökonomie mit »abweichende Wirtschaft« übersetzen. Das klingt ein wenig komisch, aber nichts könnten wir so gut vertragen, wie vom Mainstream abweichende Wirtschaftstheorie und dann bitte schön auch -praxis. Katharina Mader wurde für ihre Arbeiten für feministische Ökonomie geehrt. Die Ökonomie brauche den Feminismus ganz dringend, sagt die Volkswirtin. Ihre Themen: Gender Budgeting (das können wir in Deutschland gerade so buchstabieren, in Österreich sind sie gut vorn), Flexibilisierung am Arbeitsmarkt, Wirtschaftspolitik und Gender.

Sie habe, sagt Mader, bei ihrem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Wiener Universität schnell erkannt, dass, was da gelehrt wird, mit der weiblichen Lebensrealität nur bedingt etwas zu tun hat. Und oft genug musste sie hören, Frauen und Formeln passen nicht zusammen.

Die Volkswirtin und feministische Ökonomin erforscht, wer welche Arbeit im Haushalt macht und wie sich das Einkommen darauf auswirkt. In Österreich sind 51 Prozent aller Arbeiten unbezahlte Arbeit, wenn auch notwendig dafür, dass Gesellschaft überhaupt funktioniert.

Die Deutschen leisten im Jahr rund 89 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit. 69 Milliarden Stunden sind bezahlte Arbeit. Bislang beschäftigen sich nur feministische Ökonominen mit diesem Ungleichgewicht, aus dem sich ableitet, dass es mit dem Bruttosozialprodukt als alleinig seligmachende Kennziffer nicht weit her ist. Eine Ökonomie jedoch, die nicht nur Löhne und bezahlte Arbeit misst, wäre keine reine Männerwirtschaft mehr. Das ist nun wirklich nicht gewollt.

Katharina Mader wird vermutlich eine der ersten Frauen im deutschsprachigen Raum sein, die zur feministischen Ökonomie habilitiert. Und Frau kann ja mal träumen: 70 Männern, die einen Wirtschaftsnobelpreis erhalten haben, steht bislang eine Frau, Elinor Ostrom, gegenüber. Simon Kusznets, US-amerikanischer Ökonom russisch-jüdischer Herkunft, ist einer der 70, er erhielt den Nobelpreis im Jahr 1971 und arbeitete maßgeblich an der Entstehung des Bruttosozialprodukts als Kennzahl mit. Kusznets empfahl damals, unbezahlte Arbeit einzuberechnen. Dieser Empfehlung wurde nicht gefolgt. Dies prangerten feministische Ökonominen und Feministinnen bereits in den 1960er und 1970er Jahren an. Geändert hat sich nichts. kge

► überrascht? Wirtschaftliche Ergebnisse stellen sich im Kapitalismus oft erst im Nachhinein dar, vieles hängt ab von Unberechenbarkeiten. Und trotzdem: Unsicherheit, Zweifel, Ratlosigkeit ist in diesem männlich dominierten Erklärer-Universum nicht vorgesehen. »Ökonomen wollen die Welt erklären«, zitiert der Autor des bereits erwähnten Standard-Artikels eine Geschlechterforscherin. Und, so ergänzt sie, das mische sich »mit einem gewissen Größenwahn«. Denn wer erklären kann, der hat Kontrolle über die Realität. Oder kann sich das zumindest einbilden.

Natürlich, es geht hier nicht um biologische Determinationen. Nicht alle Männer sind so. Und auch nicht alle Frauen sind anders. Wir haben gelernt, zu unterscheiden zwischen Sex und Gender, trennen in ein biologisches Geschlecht – wie binär oder auch nicht es immer sein mag – und die soziale Konstruktion, in der sich die gesellschaftlichen Verhältnisse als Geschlechterverhältnisse spiegeln.

Und so wird die große Bühne nur kleiner, zur Talkshow, in der sich gemessen wird am Redeanteil, an Selbstgewissheit und Selbstsicherheit, daran, wer die Welt am überzeugendsten erklärt und damit zumindest theoretisch im Griff hat. Auch wenn es noch so viele verschiedene Meinungen dazu gibt, auch wenn noch so viele Zweifel im Raum stehen, am Ende bleibt ein Wettrennen um die beste Performance, um Dominanz, Leistung und Potenz.

Wenn wir daran etwas ändern wollen, wird uns eine Quote allein nicht reichen. Nicht in den Wirtschaftswissenschaften und auch sonst nicht. Das Gute ist, dass immer mehr kritisch darüber nachgedacht wird, ob eine Quotierung unter den gegebenen Verhältnissen nicht eher zur Aufforderung wird, bei einem Spiel mitzumachen, bei dem es darum geht, dass alles andere bleibt, wie es ist. Das Bessere wäre, die Verhältnisse so zu ändern, dass niemand mehr das unguete Gefühl ertragen muss, ein Spiel spielen zu müssen, dessen Regeln sie oder er nicht mag.

Sabine Nuss hat mit einer ökonomiekritischen Arbeit promoviert und ist Geschäftsführerin des Berliner Karl Dietz Verlages.

Das Bier danach

Geschlechterverhältnisse in der Wissenschaft werden auch durch Netzwerke geprägt

ANNE SCHINDLER

Immer mehr Frauen beginnen ein Studium der Wirtschaftswissenschaften, doch die höheren Positionen der ökonomischen Forschung und Lehre sind nach wie vor männlich dominiert. Studien zeigen, dass sich bereits nach dem Masterabschluss mehr Männer für eine Promotion entscheiden. Diese Lebensentscheidungen werden durch das Umfeld ermutigt. »Hier greifen bereits geschlechterselektive Mechanismen«, sagt die Wiener Politikwissenschaftlerin Birgit Sauer.

Was ist das Umfeld? Wer über die Geschlechterverhältnisse in der Wissenschaft reden will, kann über informelle Netzwerke nicht schweigen. Es gibt Erkenntnisse, dass Stellen an Hochschulen oft über solche Beziehungen erreicht werden. Informelle Netzwerke sind auch heute noch homozöial, das heißt: Es gehören meist vor allem Angehörige des gleichen Geschlechts dazu.

Solche Netzwerke entstehen während der Kolloquien, nach Tagungen – beim berühmten Bier danach oder der Zigarette zwischendurch. Die so geknüpften Verbindungen ziehen sich durch die Hochschulwelt. Und sie sorgen dafür, dass die Ungleichheit bei der Besetzung von Stellen nicht schneller zurückgeht. Heute stehen den 50,5 Prozent Studienanfängerinnen an deutschen Hochschulen nur 23,4 Prozent Professorinnen gegenüber.

Hinzu kommt: Trotz der Zunahme des Frauenanteils unter den Studierenden wirtschaftlicher Fachrichtungen bleibt die Lehre in aller Regel sehr einseitig. Die neoklassische Wirtschaftstheorie steht nahezu unumstößlich in den Lehrbüchern. Plurale Ansätze finden nur sehr langsam den Weg an die Hochschulen. Der Homo Oeconomicus, der rationale Nutzenmaximierer, ist bis auf wenige Ausnahmen die Grundlage aller Theorie. Abweichungen von den rationalen Entscheidungen werden beispielsweise in der Verhaltensökonomie erforscht. Und auch die feministische Forschung findet in den Wirtschaftswissenschaften meist am Rande statt. Hohe Studentinnenzahlen hin oder her.

Bis hierher stehen wir also vor zwei zentralen Problemen. Einerseits ist der akademische Weg für Frauen noch immer steiniger als der, der ihren männlichen Kollegen bereitet wird. Andererseits werden Fragen danach, wie

Geschlechterverhältnisse und Ökonomie sich gegenseitig beeinflussen, in den Hochschulen, wenn überhaupt am Rande behandelt.

Das berühmte Bier danach, das Netzwerk, das nicht nur Wissen vermitteln kann, sondern auch Wege bereitet, ist mittlerweile auch unter Ökonominen etabliert: als Mittel, der Männerdominanz etwas entgegenzusetzen.

In den USA gründete sich 1990 das Netzwerk International Association for Feminist Economics, dem heute über 600 Ökonominen, Aktivistinnen und Forscherinnen aus 64 Ländern angehören und das den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen berät. In jährlich stattfindenden Konferenzen beraten die Mitglieder unter expliziter Einbeziehung des globalen Südens drängende Fragen der heutigen Zeit unter feministisch-ökonomischen Gesichtspunkten.

Die diesjährige Konferenz des Netzwerks widmet sich den Fragen von Migration, Ungleichheit und Widerstand. Wirtschaftspolitische Debatten werden hier nicht in einem Vakuum aus Theorien geführt, sondern nehmen die konkreten Entwicklungen der Welt in den Blick: rechtspopulistische Tendenzen, Klimawandel und ungleiche Zugänge zu ökonomischen Ressourcen. Theorie wird im Netzwerk immer mit der konkreten Aktion verknüpft. Feministische Ökonominen aus dem globalen Süden werden besonders gefördert.

Auch in Deutschland existiert seit 2000 ein Netzwerk zur Förderung geschlechterbezogener Forschung und Lehre. Die Mitglieder von Efas – economics, feminism and science agieren als Multiplikatorinnen, um fachliche und fachübergreifende Fragen zu stellen und entsprechende Konzeptionen in ihrem jeweiligen (universitären) Umfeld zu integrieren. Die Ziele des Netzwerks sind einerseits, eine geschlechter-sensible Forschung zu stärken, beispielsweise durch Vernetzung von Promovierenden und Betreuerinnen. Andererseits soll versucht werden, geschlechter-spezifische Lehre besser in den Hochschulalltag zu verankern.

Um gezielt junge Nachwuchsökonominen zu fördern, wird seit 2008 der Efas-Nachwuchsförderpreis im Rahmen der jährlich stattfindenden Fachtagung verliehen. Hier wird den Ökonominen die Möglichkeit geboten, am Austausch über Forschung und Lehre genderspezifischer Inhalte zu partizipieren.



Die Revolutionärin von der IG Metall

Christiane Benner verkörpert die Öffnung einer der letzten Männerbastionen der deutschen Wirtschaft

Die Medien haben gefeiert, als Christiane Benner 2015 als erste Frau in der damals 125-jährigen Geschichte der IG Metall in die Führungsspitze der Industriegewerkschaft gewählt wurde. Sie selbst sagt, die berühmte Glasdecke, die Frauen nur schwer durchbrechen können, um in Führungspositionen zu gelangen, habe sie selbst nie gespürt. Trotzdem sei ihr in den Firmen, in denen sie zuvor gearbeitet habe, das »Minderheitsgefühl« nicht fremd gewesen: »Man war immer so ein bisschen exotisch und allein als Frau.«

Christiane Benner wurde im Februar 1968 in Aachen geboren und studierte nach einer Ausbildung zum Fremdsprachensekretärin Soziologie in Marburg, an verschiedenen Universitäten in den USA und in Frankfurt am Main. 1997 begann sie, in der IG Metall zu arbeiten. 2015 wurde sie mit 91,9 Prozent der Stimmen zur Vizechefin der Gewerkschaft gewählt. Im Berliner »Tagesspiegel« stand damals: »IG Metall wagt die Revolution«, was viel aussagt über den Zustand der Gewerkschaft und der Gesellschaft allgemein.

Christiane Benner sitzt außerdem bei BMW und Bosch im Aufsichtsrat.

Sie hat sich in ihrer Funktion vor allem die Gestaltung des digitalen Wandels vorgenommen, von dem eine Industriegewerkschaft, wie die ihre, besonders stark betroffen ist und sein wird. Intelligente Roboter werden einen Großteil der Arbeitsplätze überflüssig machen, feste Anstellungsverhältnisse werden durch Auftragsarbeit abgelöst. Benner hat ein Buch über Fallbeispiele herausgegeben, in dem es um Clickworking, Crowdworking, neue Arbeitsformen, die Macht der Firmen geht. Sie nennt diese Entwicklung selbst »Amazonisierung der Arbeitswelt«. Die IG Metall hat begonnen, sich für Clickworker stark zu machen, darum zu kämpfen, dass sich deren Arbeitsbedingungen verbessern. Daran hat Benner großen Anteil.

Christiane Benner gilt als eine Frau, der Gerechtigkeit viel bedeutet, auch Geschlechtergerechtigkeit, insofern verkörpert sie die Hoffnung vieler. Ihre Zuständigkeiten in der IG Metall: IT-Angestellte, Frauen, Migrant*innen, Jugendliche – alles Zielgruppen, die schwer für Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu begeistern sind.

Als das »Manager Magazin« im Dezember 2015 die 50 einflussreichsten Frauen der deutschen Wirtschaft kürte, wurde Benner als Prima inter Pares gekürt. Nicht unbedingt, weil ihr faktischer Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen so groß ist, stattdessen, weil sie die Öffnung einer der letzten Männerbastionen der deutschen Wirtschaft verkörpert. Im Jahr 2015! Das zu feiern, hat einen ziemlich bitteren Beigeschmack, aber dafür kann Christiane Benner nichts. vke



Ohne Druck geht fast nichts

Die Zahl von Frauen in Spitzenpositionen der Wirtschaft wächst nur langsam. Das liegt an zu laschen Gesetzen – und an Geschlechterstereotypen

FRANK KRÜGER

Deutschlands Wirtschaft kam bisher auch hervorragend ohne Quoten aus«, sagt Wolfgang Steiger. Der Mann ist Generalsekretär des Wirtschaftsrates, ein CDU-naher Verein, der staatliche Regeln in etwa so begrüßenswert findet wie der Teufel das Weihwasser. Der Klub betätigt sich ansonsten gern als Bauchredner marktradikaler Interessen. In diesem Fall warnt Steiger die kommende Regierung vor »mehr Quoten und bürokratischen Vorschriften«. Warum? Damit enge man »die qualitative Personalauswahl nur noch weiter ein«.

Der Gedanke, der hier kaum verhohlen ausgesprochen wird, lautet: Wenn es weitere, schärfere Frauenquote für Gremien von Unternehmen geben würde, kämen Managerinnen zum Zuge, die es mit Männern nicht aufnehmen könnten. Ganz so weit würde der Bundesverband der Deutschen Industrie nicht gehen, man befleißigt sich, Vielfalt als Hebel für »optimale Ergebnisse« zu loben. Doch auch diese Lobbyvereinigung stemmt sich gegen neue Quotenregelungen.

Eine solche »für Vorstände wäre verfassungswidrig, sie stellt einen massiven Eingriff in die unternehmerische Freiheit dar«, wurde BDI-Frau Iris Plöger unlängst vom »Handelsblatt« zitiert. Außerdem seien viele Vorstände nur mit drei Personen besetzt, da würde eine Regulierung »unverhältnismäßig« sein. Was man wörtlich nehmen kann: Die derzeit herrschenden Verhältnisse in den Spitzen der Konzerne sind ganz durch Männerdominanz und einen extrem geringen Frauenanteil gekennzeichnet.

Daran hat auch die recht erfolgreiche Quotenregelung für Aufsichtsräte nicht viel verändert. 2015 eingeführt hat die Quote dafür gesorgt, dass in den Gremien der Frauenanteil auf inzwischen etwa 30 Prozent gestiegen ist. Die Regel gilt für gut 100 Unternehmen, die neue Aufsichtsratsposten so lange mit Frauen besetzen müssen, bis 30 Prozent des Kontrollgremiums weiblich sind.

Doch von einer Signalwirkung für Vorstände und Geschäftsführungen, heißt es beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung DIW, dass den Frauenanteil an den Unternehmensspitzen untersucht hat, könne keine Rede sein: »Dort herrscht mit Blick auf die Repräsentation von Frauen beinahe Stillstand«, so das Institut. Unter den umsatzstärksten 200 Unternehmen in der Bundesrepublik liegt der Frauenanteil in den Vorständen bei etwas mehr als acht Prozent. Bei den Versicherungen ging der Anteil der Vorständinnen zuletzt sogar zurück.

Elke Holst, die beim DIW Forschungsdirektorin für Gender Studies ist, spricht denn auch von einem »relativ klaren Bild«. Die Quote greift, »zur Wahrheit gehört aber auch, dass ohne Druck und drohende Sanktionen offensichtlich fast nichts vorangeht, wie sich mit Blick auf die Entwicklung in den Vorständen zeigt«, sagt Holst.

Auch die deutsche Wirtschaftspräsidentin Ulrike Malmendier, die als eine Art Superstar der Ökonominen gilt und inzwischen an der University of California in Berkeley bei San Francisco lehrt, ist inzwischen überzeugt, dass es ohne Quote nicht geht. »An mir ist das lange Zeit komplett vorbeigegangen, ich habe mir einfach keine Gedanken darüber gemacht«, erzählte sie vor ein par Wochen der »Welt am Sonntag«. Wollte man mehr Frauen in Wirtschaft und Wissenschaft nach vorne bringen, komme man »ohne Quote nicht schnell genug voran«.

Solche Regelungen könnten wie Hebel wirken: »Wenn erst einmal Frauen an bestimmten Schlüsselpositionen sitzen«, so Malmendier, »dann kommen rasch auch andere nach.« Es wäre ein Hebel, denkt man an die Vorstände, der auch einen Zustand überwindet, bei dem die Nominierung einer Frau in so ein Gremium noch meist nach der Logik geschieht, »wir brauchen jetzt eine Frau.«

bleibt die Frage, ob eine erweiterte, verbindliche Quote auch kommen wird. Die SPD hatte in ihrem Wahlprogramm eine feste Quote von 50 Prozent für Frauen in Führungsgremien angepöbelt, im Sondierungspapier mit der Union hieß es dann: Man wolle den Weg weitergehen, der mit dem Gesetz für mehr Frauen in

Führungspositionen begonnen wurde. Vor allem müssten strenger Firmen in den Blick genommen werden, die ohne Frauen in Führungspositionen auch bleiben wollen. Es gehe darum, »die Wirksamkeit des Gesetzes« zu verbessern, so die Sondierer.

Unterstützung für eine solche Gesetzesverschärfung dürfte es zumindest von Grünen und Linkspartei sowie von Frauenverbänden geben. Die Freidemokraten stemmen sich mit dem Argument dagegen, dies erhöhe die Bürokratie und beschränke die unternehmerische Freiheit.

Holst hält das für schlechte Ausreden und rät, darüber nachzudenken, »die bisherigen Regelungen für Frauen in Vorständen und Geschäftsführungen, die auf Freiwilligkeit basieren, zu verschärfen«. Noch ein Tipp für die Unternehmen hat sie parat: endlich selbst stärker aktiv zu werden. Dazu gehöre es auch, Kandidatinnen früher zu fördern. Vor allem aber brauche es bessere Bedingungen.

Das DIW zählt dazu etwa den Ausbau der Kindertagesbetreuung und eine »Forcierung der partnerschaftlich Aufteilung der unbezahlten Arbeit in Haushalt und Familie«, etwa durch den Ausbau der Vatermonate beim Elterngeld. Es wird aber auch ohne einen Kulturwandel nicht schneller vorangehen.

»Das Bild von Führung orientiert sich noch immer an den tradierten männlichen Lebenswirklichkeiten«, sagt Holst. Bei den oberen Etagen der Unternehmen würden »sehr lange Arbeitszeiten und eine große regionale sowie zeitliche berufliche Flexibilität« erwartet. Zeitsouveräne Berufsbiografien, die auch einmal Teilzeit oder Auszeiten beanspruchen, werden »meist als Hinderungsgrund für den Aufstieg gesehen«.

Und nicht zuletzt, sagt Holst, »tragen Geschlechterstereotype dazu bei, dass Führung eher Männern zugeordnet wird als Frauen«. Geld und Macht würden immer noch »zum Rollenbild eines erfolgreichen Mannes« gehören. Es liegt nicht allzu fern, dabei auch an Wolfgang Steiger vom Wirtschaftsrat der CDU zu denken. Jenen Mann also, der »Deutschlands Wirtschaft« immer noch »hervorragend ohne Quoten« auskommen sieht.



Anderes als die traditionellen Frauendomänen

Ulrike Malmendier gehört zu den Stars der deutschen Ökonominen und lehrt in Berkeley Finanzwirtschaft

Als Ulrike Malmendier einmal gefragt wurde, wie es mit den Frauen in den ökonomischen Wissenschaften aussieht, erzählte sie von Konferenzen in ihrem Fachgebiet Finanzwirtschaft, bei denen sie oft die einzige Frau ist. »Da geht es häufig aggressiv zu«, so die 1973 geborene Ökonomin. »Aber ich bin jemand, der auch, wenn es sein muss, zurückschießen kann, ohne gleich den testosteronergeladenen Mann spielen zu müssen.«

Die gebürtige Ökonomin an der University of California in Berkeley gehört zu den Stars der deutschen Wirtschaftswissenschaften und hat es auch in eine wichtige Liste Ökonomen aufgeführt sind. Den Fischer Black Prize erhielt die Mutter von drei Kindern als erste Frau überhaupt. Nach einer Bankausbildung studierte Malmendier Volkswirtschaftslehre und Jura, promovierte sich in Bonn mit einem rechtswissenschaftlichen Thema und genießt heute den Ruf einer anerkannten Expertin für Unternehmensfinanzierung und Verhaltensforschung.

Schon 2007 galt sie der »New York Times« als Nachwuchsforscherin, deren Namen man sich merken solle. Aufmerksamkeit erlangte sie mit Studien wie jener über die Selbstüberschätzung von Managern, die systematisch zu Fehlentscheidungen führten. In einer anderen Forschungsarbeit konnte Malmendier nachweisen, dass Kunden von Fitnessstudios meist Verträge wählten, die materiell für sie ungünstig waren, was das Bild vom angeblich so rationalen Konsumenten ankrachte.

Die gebürtige Kölnerin hat eine beachtliche akademische Laufbahn vorzuweisen. Harvard, Stanford, Chicago, Princeton und nun Berkeley. Malmendier hat sich auf ihrem Weg auch von Vorbildern inspirieren lassen, von jüngeren Ökonominen, die sich auf Finanzwirtschaft spezialisierten. »Die haben gesehen, dass auch eine Frau etwas anderes beherrschen kann als die traditionellen Frauendomänen in der Volkswirtschaftslehre, wie Arbeits- oder Gesundheitsökonomie«, so die Professorin einmal gegenüber der »Welt«.

Und sie ist durchaus optimistisch, was die Zukunft von Ökonominen in der Wirtschaftswissenschaft angeht: Es würde sich die Atmosphäre ändern, wenn Frauen erst einmal Fuß gefasst haben vke



Ihre Währung ist Vertrauen

Kirsten Paul ist gelernte Bankfrau und arbeitet in Verden als Vermögensverwalterin der Bewegungsstiftung

VON ULRIKE BAUREITHEL

Die Stifterinnen und Stifter vertrauen ihr fast blind. Sie strahlt eine Aura von Wärme und Zuversicht aus, die einen sofort für sie einnimmt. Wenn sie spricht, sanft, aber sicher, wendet sie sich offen an ihr Gegenüber. Dass sie einen über den Tisch ziehen könnte, scheint unvorstellbar. »Viele kennen mich gar nicht«, sagt sie von sich selbst, »aber ich muss so eine Ader haben, eine Empathie, dass sich meine Kunden wohlfühlen und wiederkommen.« Kirsten Paul ist Finanzberaterin, eine Branche, in der man Seriosität erwarten dürfte, aber nicht unbedingt findet. Derzeit ist sie angestellte Vermögensverwalterin bei der im niedersächsischen Verden ansässigen Bewegungsstiftung, die Projekte und politische Initiativen fördert, die sich für gesellschaftliche Veränderung einsetzen. Um dafür Mittel bereitstellen zu können, investiert die als Gemeinschaftsstiftung organisierte Einrichtung ihr Stiftungskapital in ethisch unbedenkliche und nachhaltige Anlagen. Das ist der Job der 48-Jährigen, die seit 2011 in der Bewegungsstiftung tätig ist. Zudem arbeitet sie als freie Honorarberaterin.

Eigentlich hätte sie Geigerin werden sollen, erzählt sie mir, als ich sie in ihrem großzügigen Haus nahe bei Verden besuche, das sie mit ihrem 18-jährigen Sohn Joschi bewohnt. Kirsten Paul ist hier geboren, über Bremen und Hamburg hinaus hat sie in ihrer beruflichen Laufbahn nicht gebracht. Sie schätzt die kurzen Wege, die ihr Lebenszeit schenken, und wohl auch das Vertraute.

Dass sie, statt in Konzertsälen aufzutreten, am Bankschalter landete, war »eine Kurzschlusshandlung«, erklärt sie augenzwinkernd. Acht Stunden Üben und die Rückenschmerzen, das sei nichts für sie gewesen. Die Bank winkte mit einem sauberen Job und gutem Geld. »und Zahlen haben mich schon immer interessiert.«

Aber obwohl sie bei der Dresdner Bank, zu der sie nach ihrer Ausbildung wechselte, allmählich die Karriereleiter emporkletterte und die Vielseitigkeit der Kundenberatung ihrem »Händchen« für Menschen und ihrer fachlichen Kompetenz entgegenkam, war sie bald ziemlich genervt. Die Dresdner Bank war damals Vorreiterin des provisionsorientierten Verkaufens: »Wir haben unsere Zielwertlisten bekommen, in denen stand, wie viele Kredite, Lebensversicherungen, Bausparverträge und Investmentfonds wir im Jahr an den Kunden bringen müssen.«

Das wäre der Menschenfischerin auch leichtgefallen, doch sie fühlte sich immer unwohl. »Ich sollte den Leuten Produkte aufschwätzen, die für sie nicht sinnvoll sind oder die sie gar nicht verstehen. Der alten Dame etwa, der ich immer festverzinsliche Wertpapiere verkauft hatte, sollte ich auf einmal Investmentfonds andrehen. Das habe ich nicht gemacht.« Sie bekam zwar keinen Ärger, weil sie ihr Soll irgendwie doch erfüllt hat, aber immer mehr Bauchschmerzen. Also hat sie erst einmal geheiratet, ein Kind bekommen und sich ins Privatleben zurückgezogen. »Mir war aber klar, dass ich so nicht mehr arbeiten möchte.«

Kirsten Paul ist, wenn man so will, eine Wertkonservative unter den Bankern. Was sie macht, muss Hand und Fuß haben, und sie will dahinterstehen. Mit Politik hatte sie wenig am Hut, in Verden war sie eine Zeitlang sogar mal in einem Charity-Verein, eine Art weiblicher Ableger der Rotarier, doch da ist sie wieder ausgestiegen. Die

Höhere-Töchter-Atmosphäre hat ihr nicht behagt. Aber anecken will die freundliche und zugewandte Frau eigentlich nicht, sie ist es gewohnt, gemocht zu werden. Zwischen all den politisch Bewegten und Engagierten in der Stiftung ist sie eher eine Exotin.

Während ihrer Ehe etablierte sie sich langsam als Honorarberaterin für private und strategische Finanzplanung und -begleitung. Mit 400.000 bis 500.000 freien Finanzvermittlern weist Deutschland die höchste Vermittlungsdichte Europas auf, die Konkurrenz war also groß. Doch als Unabhängige konnte sie ihren Kunden ohne Rücksicht auf Bankinteressen zur Seite stehen.

Sie bildete sich weiter, absolvierte neben Haushalt und Kind noch ein Studium zur Finanzplanerin. »Aber das Zertifizierungssystem ist mittlerweile eine Art Gelddruckmaschine geworden«, sagt sie. »Für alles und jedes benötigt man einen Schein, man muss sich immer neu zertifizieren lassen, und das kostet viel Geld.« Das hat inzwischen dazu geführt, dass fast nur noch Banken, große Versicherungen oder Beratungsgesellschaften das Geschäft unter sich aufteilen.

Dem wollte sich Kirsten Paul nicht aussetzen. Sie holte sich einen einfachen Gewerbeschein und ließ sich als Finanzberaterin nieder. Und es lief. Die Kunden kamen, vertrauten ihr. »Wenn ich die Leute erst mal hier habe, kommen sie wieder, auch nach Jahren.« Ihr Kapital ist ihr Wissen, ihre Währung Vertrauen.

Das ging gut, solange ihr Mann als Vollverdiener für das Haushaltseinkommen sorgte. Nach der Trennung 2009 wurde Kirsten Paul aber klar, dass sie von Honorarberatung alleine nicht würde leben können.

»Irgendetwas mit Stiftung« konnte sie sich damals schon vorstellen, es sollte jedoch noch zwei Jahre dauern, bis sie zufällig auf die Ausschreibung der Bewegungsstiftung stieß, deren Gründung sie 2002 mitverfolgt hatte. Ethische und nachhaltige Geldanlagen gehörten damals noch nicht unbedingt zu ihrem Kerngeschäft, trotzdem bewarb sie sich mit einem Anlageplan für das Portfolio der Stiftung, überzeugte und hatte das Gefühl: Endlich kann ich mit meinem allgemeinen Bankwissen etwas Sinnvolles anfangen und Gutes tun.

Wenn Kirsten Paul auf ihre Tätigkeit in der Stiftung zu sprechen kommt, redet sie nicht wie eine Bankerin, sondern wie die engagierte Patin eines Schutzbefohlenen. Im Gegensatz zur Bank, deren Benchmarking-Richtlinien sie zu folgen hatte, empfindet sie die für sie verpflichtende stiftungsinterne Zielsetzung nicht als Bürde.

Völlig klar ist, dass sie keine Anlagen tätigen darf, die mit Rüstung, Atomstrom, Kohle oder Gentechnik zu tun haben oder in Unternehmen, die gegen die Menschenrechte verstoßen oder in Ländern tätig sind, die Kinderarbeit erlauben und vieles mehr. Die Liste ist lang. Das wird ziemlich streng gehandhabt, auch wenn nicht bei jedem Fonds transparent ist, ob es nicht irgendwo ein Tochterunternehmen gibt, dessen Tätigkeit mit den Richtlinien der Stiftung nicht vereinbar ist.

Einen Großteil ihrer Zeit benötigt sie, um den Markt nach geeigneten Produkten zu sichten und diese entsprechend zu bewerten. »Da bin ich wirklich gestaltend tätig, ich bin der Filter«, sagt sie. Ihre Exposé werden dann dem Anlageausschuss – das Gremium in der Stiftung, das sich mit den Finanzanlagen befasst – vorgelegt und diskutiert. Je nachdem, wie dessen Urteil ausfällt, entscheidet am Ende der Stiftungsrat.

Das hört sich einfacher an, als es ist. Denn auch die Stiftung bleibt von den Auswirkungen der Niedrigzinsphase nicht verschont. »Es

Wenn Kirsten Paul auf die Stiftung zu sprechen kommt, redet sie nicht wie eine Bankerin, sondern wie die engagierte Patin eines Schutzbefohlenen.

wird zunehmend schwieriger, überhaupt noch einen anständigen Zinsertrag zu erwirtschaften, ohne zu sehr ins Risiko zu gehen«, stellt die Fachfrau fest. Die Stiftung ist vorsichtig, noch immer steckt die Hälfte des Kapitals in sicherem Festgeld bei Ethik- und Umweltbanken. Früher wurden im Stiftungsbereich sogar mindestens 70 Prozent des Kapitals festverzinslich angelegt, das ist heute nicht mehr möglich. Aber laut Stiftungsgesetz muss die Förderung aus den Erträgen finanziert werden, der Kapitalstock bleibt unangetastet.

Die Finanzfrau hat aus dieser Not eine Tugend gemacht, denn sie glaubt nicht, wie oft kolportiert wird, dass ethische Anlagen mit mehr Risiko behaftet sind. Seit Längerem sucht sie nicht mehr vorrangig Aktienfonds, sondern fahndet nach anderen Feldern, in denen man nachhaltig investieren kann: Zunächst waren es Fair-Trade-Unternehmen, dann kam sie auf Wohnungswirtschaften und die Landwirtschaft. Das bedeutet zwar mehr Risiko, weil das angelegte Kapital unter Umständen auch ausfallen kann, hat aber den Vorteil, mit dem Geld Wohnprojekten oder landwirtschaftlichen Genossenschaften, die eine alternative Lebens- und Wirtschaftsform realisieren wollen, unter die Arme greifen zu können: »Manchmal ermöglichen wir diese Projekte überhaupt erst durch unsere Beteiligung.«

Die Beteiligungsformen können ganz unterschiedlich sein: Paul vergibt Kredite. An GEPA, das älteste Fair-Trade, an Wohnprojekte wie »InWoLe« in Potsdam, »Fritze« in Frankfurt, »Collage« in Freiburg oder an die Allmende Wulfsdorf bei Hamburg. Manchmal wird die Stiftung aber auch direkt Genossin wie bei BürgerEnergie Berlin oder dem bekannten gemeindeeigenen Energieunternehmen in Schönau im Schwarzwald.

Gerne würde Paul auch in soziale Einrichtungen anlegen, in ein Wohnheim für psychisch Kranke, Demenzzranke oder Wohnungslose etwa. Ideen hat sie selbst oder sie kommen aus der Stiftungsgemeinschaft: »Aber, wenn ich da Rendite haben will, geht das auf Kosten der Angestellten und der Bewohner. Das möchte ich nicht.«

Zu den Aufgaben der Vermögensverwalterin gehört auch der enge Kontakt zu den Einrichtungen. Das ist zwar zeitaufwändig, macht ihr aber auch viel Spaß. Großen Wert legt die Stiftung darauf, ihre Anlagen transparent zu machen, alle Anlagen sind auf der Homepage aufgelistet, mit »pädagogischem« Impetus zur Veränderung: »Ich würde mir wünschen«, sagt Paul, »dass viele Leute sich das Portfolio der Bewegungsstiftung anschauen und vielleicht

Anregungen mitnehmen für ihre eigenen Investments.«

Kirsten Paul hat in der Stiftung über sinnvolle Geldanlagen nicht nur viel gelernt, sie hat sich selbst auch verändert. Während unseres Gesprächs läuft sie weg, sucht ein paar Bücher über alternative Lebensführung, regt sich über die inzwischen horrenden Immobilienpreise in Verden auf und die »Blase«, die unweigerlich folgen muss.

»Früher war das Eigenheim Vorsorge fürs Alter«, sagt sie, aber für die kommende Generation ist das kaum noch finanzierbar. Noch weniger hat sie für »Renditejäger« übrig: »Wenn jemand bei mir ankommt und will vier oder fünf Prozent Zinsen, da habe ich ein Problem. Ich verstehe nicht, dass die Leute, die ohnehin schon haben, immer mehr haben wollen. Das muss doch irgendwo herkommen, das geht zu Lasten der Menschen, die arbeiten, zu Lasten der Natur. Da muss ein anderer Ansatz her.«

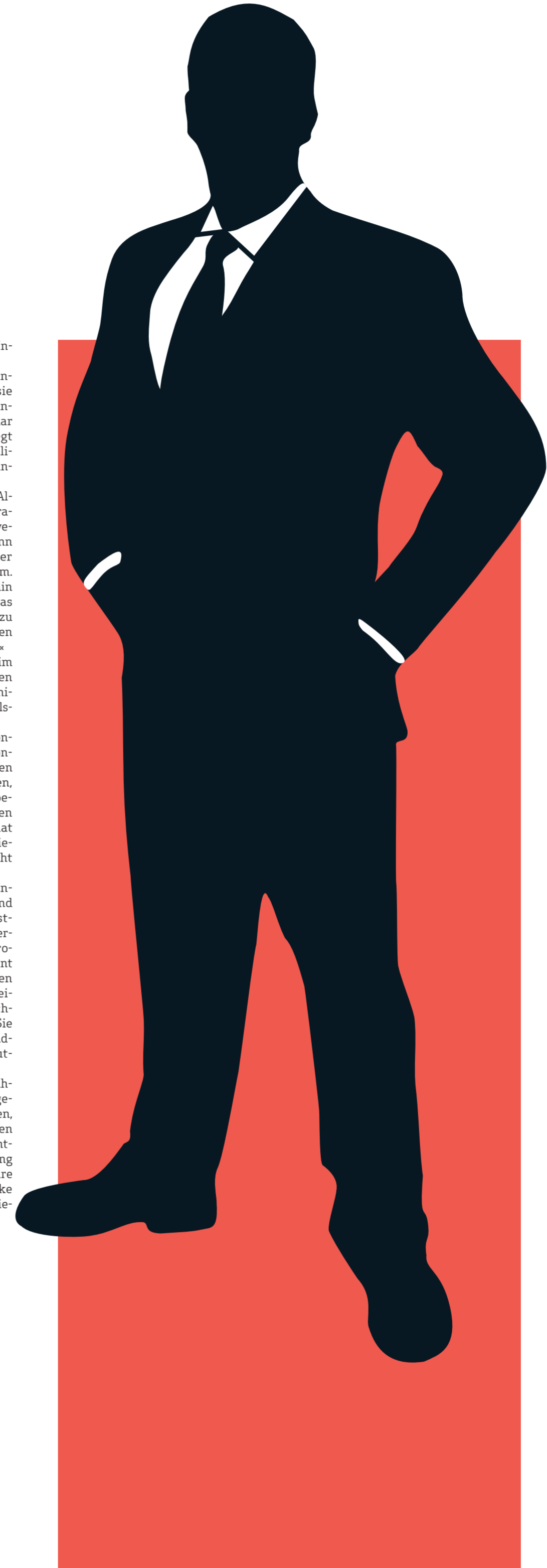
Die Bewegungsstiftung ist für sie der Keim dieses anderen Ansatzes. Beim sogenannten »Mission Investing«, dem Investment in ethische Geldanlagen, war sie Vorreiterin, »Impulsgeber«, so Paul.

Mittlerweile tummeln sich jedoch auch Konkurrenten auf dem Markt, und selbst Großkonzerne werden entweder von ihren Aktionären und von ihren Ratingagenturen angehalten, nach der CSR-Richtlinie Nachhaltigkeitsberichte zu erstellen und ihr Geschäftsgebahren transparenter zu machen. Die DZ Bank hat kürzlich sogar angekündigt, aus der Finanzierung von Kohle auszusteigen. Thyssen zieht sich von der U-Boot-Produktion zurück.

Paul sieht das kritisch. »Es wäre ja wünschenswert, wenn das ein nachhaltiger Trend wäre. Es gibt sicher entsprechende Investment-Initiativen, die hier etwas bewirken werden, dennoch glaube ich, dass das bei den großen Unternehmen eher der Imagepflege dient als aus Überzeugung passiert. Woher wissen wir, dass sich ein Unternehmen nicht aus einem Bereich zurückzieht und dafür eine Tochtergesellschaft dieses Geschäft betreibt?« Sie kann sich jedenfalls nicht vorstellen, irgendwann einmal bei Thyssen oder bei der Deutschen Bank zu investieren.

Und wo sieht sich Kirsten Paul in zehn Jahren? Immer noch im Umfeld der Stiftung, steht sie. Sie kann sich aber auch vorstellen, größere Kapitaleigner zu beraten oder ihnen beim Aufbau einer Stiftung zu helfen. Die Entscheidungsprozesse in der Bewegungsstiftung sind kompliziert und langwierig, das ist für ihre Arbeit manchmal auch hinderlich. Sie denke heute politischer als früher. Aber demonstrieren geht Kirsten Paul noch immer nicht.

Es wird zunehmend schwieriger, überhaupt noch einen anständigen Zinsertrag zu erwirtschaften, ohne zu sehr ins Risiko zu gehen.



Wie bestimmt sich der Wert der Arbeitskraft?

Käthe Knittler lehrt in Wien und kritisiert das »große Schweigen« über historische Ökonominen

Die österreichische feministische Ökonomin Käthe Knittler hat Volkswirtschaft studiert, lebt und lehrt in Wien. Ihre Diplomarbeit befasste sich mit Feministischer Kritik an der Marx'schen Werttheorie. Darin heißt es: »Es ging innerhalb der verschiedenen marxistischen Strömungen zwar immer um Befreiung, aber dennoch war Theorie und Praxis auf zumindest einem Auge blind: Frauenunterdrückung wurde weitgehend als Nebenwiderspruch behandelt. Im Zentrum stand der Hauptwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital. Die »Frauenfrage« galt als wichtig, aber als »lösbar« galt sie erst nach der Revolution.«

In der »Einführung Feministische Ökonomie«, die Knittler zusammen mit Bettina Haidinger verfasst hat, wird die feministische Marxismuskritik erneut in einem eigenen Kapitel aufgenommen. »Die feministische Kritik setzt spätestens beim Wert der Ware Arbeitskraft ein. Denn, wie bestimmt sich der Wert der Ware Arbeitskraft? Dieser entspricht dem Wert jener Waren, die – und das kann historisch betrachtet durchaus unterschiedlich ausfallen – zur Reproduktion notwendig sind. Die gesamten unbezahlten Arbeitsschritte (kochen, putzen, Kinder gebären und aufziehen) zählen nicht dazu. Des Weiteren stellt sich die Frage nach der Produktivität und des Mehrwerts. Warum sollte Haus- und Reproduktionsarbeit nicht produktiv sein oder Mehrwert schaffen, wo sie doch für die Erstellung der für den Kapitalisten wichtigsten Ware – der Arbeitskraft – unerlässlich ist?«

Ein Punkt, der als Antwort taugen würde: Die Leerstelle »Reproduktionsarbeit« in der Ökonomie geht einher mit einer Leerstelle von Frauen in der Geschichtsschreibung der Ökonomie. Gegenüber dem »Standard« hat es Knittler einmal so formuliert: »Das ist ein Thema, das viel zu wenig bearbeitet und beachtet ist. Wenn man heute VWL studiert, erfährt man nichts darüber.« Auch in den meisten Lehrbüchern herrsche »großes Schweigen« über historische Ökonominen. Diese gab es natürlich durchaus – »im Rahmen der bürgerlichen Frauenbewegung, in der Gewerkschafts- und Arbeiterinnenbewegung und im Zuge der Öffnung der Unis unter den ersten Frauen, die studiert haben«, so Knittler. kge

ANERKENNUNGSINVESTMENT

Es gibt auch förderungswürdige Akteure, die zwar in das Anlagekonzept der Bewegungsstiftung passen, jedoch keine Erträge ausschütten können oder aus politisch-strategischen Gründen nicht ausschütten. Dann tätigt die Stiftung ein kleines sogenanntes »Anerkennungsinvestment«, das zwischen 500 und 1.000 Euro liegt.

Ein Beispiel ist etwa die Kulturland eG, die Gemeinschaftseigentum an Grund und Boden erwirbt, um eine bäuerlich geführte ökologische Landwirtschaft zu fördern. Im Rahmen der Genossenschaft können Anleger Verantwortung für 2.000 Quadratmeter Land übernehmen und sich, wenn gewünscht, am Hofleben beteiligen (www.kulturland-eg.de).

Im Rahmen von Bürgeraktiengesellschaften kann man sich auch an Regionalwert AGs beteiligen (z.B. in Hamburg oder Freiburg), in denen Kapitalgeber und Partnerbetriebe zum Aufbau einer nachhaltigen Regionalwirtschaft beitragen (www.regionalwert-ag.de, www.regionalwert-hamburg.de).

Die Waldgenossenschaft Remscheid eG (www.waldgenossenschaft-remscheid.de) bietet Bürgern, privaten Investoren, Unternehmen und Organisationen die Möglichkeit, ab einem Mindestbetrag von 500 Euro Waldgenosse und damit ideeller Waldbesitzer zu werden. Ziel ist es, den Wald als Bürgerwald multifunktional und für alle nutzbar zu machen nach einheitlichen, ökologisch ausgerichteten Kriterien.

Ein bekanntes Beispiel sind Bürgerstrom-Genossenschaften wie in Heidelberg, Berlin oder Bremen. Die Landwege eG Lüneck, eine Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft (www.landwege.de), bietet sogar schon Rendite an. Sie arbeitet mit 30 regionalen Biohöfen zusammen, die Grundlage für die fünf Märkte in Lüneck und Bad Schwartau sind. Landwege ist ein seit 1988 bestehendes Modell »echter gelebter Regionalität«. uba

Sage noch jemand ...

... es hätte sie nicht gegeben, die Ökonominen und Frauen, die sich mit volkswirtschaftlichen Fragen, mit dem Arbeitsleben, dem Kapital befassten. Wir kennen sie nur zu wenig oder heften sie unter anderen Schlagworten ab, haben sie vergessen oder nie auf dem Schirm gehabt, folgen Medien, die uns fast nur Männer offerieren, wenn es um Volkswirtschaft geht. Das hat nicht nur, aber viel mit der Blindheit der Ökonomik gegenüber dem Geschlechterverhältnis zu tun. Auch in deren eigenen Reihen. Eine sehr unvollständige Liste gegen die irrümliche Deutungshoheit der Männer in den Wirtschaftswissenschaften:



Jane Marcet (1769 – 1885)

Tochter einer Schweizer Bankiersfamilie, in London geboren, dort und in der Schweiz gelebt, in London gestorben. Verheiratet mit einem Schweizer Arzt, drei Kinder. Besuchte Chemie-Vorlesungen und schrieb darüber mehrere populärwissenschaftliche Bücher in Form einer fiktiven Konversation zwischen zwei Frauen. Verfasste drei Einführungsbücher in die Volkswirtschaftslehre, die unterschiedlichen Zielgruppen zugedacht waren. Die *Conversations on Political Economy* (1816) waren für LeserInnen mit höherer Bildung gedacht und finanziell sehr erfolgreich (14 Auflagen) sowie hochgeachtet u.a. bei Männern wie Thomas Malthus, Jean-Baptiste Say, der über sie schrieb, sie sei »die einzige Frau, die über die Politische Ökonomie geschrieben hat und dabei ihre männlichen Kollegen überragt.«

Auf der Webseite www.fembio.org steht: »Marcet wollte ganz bewusst Frauen und Mädchen an die Wissenschaften heranführen. Als der Vater der mit den Marcets befreundeten Erfolgsautorin Maria Edgeworth wohlmeinend vorschlug, statt der Schülerin in *Conversations on Political Economy* doch lieber einen Schüler zu nehmen, lehnte Jane Marcet ab. Ihre Bücher verkauften sich auch so prächtig: Die *Conversations on Political Economy* (1816) wurden sogar das meistverkaufte Buch des 19. Jahrhunderts.«

Harriet Martineau (1802 – 1876)

Enkelin eines hugenottischen Großvaters, der aus Frankreich ins protestantische England floh, Tochter einer Tuchfabrikantenfamilie. In der Kindheit häufig krank, seit dem 12. Lebensjahr unter zunehmender Schwerhörigkeit leidend, erhielt sie ihre Bildung durch unitarische Geistliche. Ihre Mutter wollte, dass sie ihren Lebensunterhalt mit Handarbeit verdient, sie entschied, schriftstellerisch tätig zu werden.

Ließ sich von Jane Marcets Büchern inspirieren, deren *Conversations* Ausgangspunkt für ihre Illustrations of *Political Economy* waren. 1832 bis 1834 erschien dieses neunbändige Werk, in dem sie Nationalökonomie populärwissenschaftlich erklärte. Diese Einführungsbände wurden ein großer Erfolg: »...von Stunde an habe ich mir niemals mehr wieder Sorgen über meine Beschäftigung machen müssen – außer der, welcher ich nachgehen sollte, noch wirkliche Befürchtungen über Geld ausstehen müssen.« (zitiert aus Bette Polkinghorn, Jane Marcet und Harriet Martineau, 2001, HG Gronert, Anke).

Martineau setzte sich mit Theorien Ricardos, Malthus', Bentham's auseinander. Sie war eine umtriebige Frau, die reiste, Landwirtschaft betrieb, im Winter Arbeitern Kurse gab, ihren Landsitz an Sommergäste vermietete und Reisebeschreibungen über England, Irland und den Orient schrieb. Eine emanzipierte Frau, angefeindet und geliebt, die für das Frauenwahlrecht kämpfte und 1876 an den Folgen einer Bronchitis und langjähriger Krebskrankung starb.

Harriet Taylor Mill (1807 – 1858)

Tochter eines Chirurgen, die eine gute Allgemeinbildung erhielt und 1825 auf Wunsch ihres Vaters John Taylor heiratete, ein Großhandelskaufmann, der pharmazeutische Produkte verkaufte. Gebar zwei Söhne, lernte 1830 John Stuart Mill kennen, verliebte sich später in ihn. 1831 wurde das dritte Kind geboren. Pfl egte mit John Stuart Mill intensiven Gedankenaustausch, gestaltete die in den Augen der Gesellschaft »menage a trois«, indem sie stets kundtat, keinen Ehebruch zu begehen. Wir wissen es bis heute nicht. Ihr Ehemann willigte in ein räumlich getrenntes Leben ein, erkrankte an Krebs, wurde von Harriet gepflegt, starb. Zwei Jahre später heirateten Harriet und John Stuart Mill, der ausdrücklich auf alle ehelichen Privilegien verzichtete, was fast nach einem Filmstoff klingt. Aus der intensiven Zusammenarbeit der beiden entstanden mehrere Publikationen, die auch nach Harriets Tod allesamt unter John Stuart Mills Namen erschienen, was nicht seinen Wünschen, stattdessen den Gegebenheiten des Marktes entsprach. So erschien auch das Werk *Principles of Political Economy* (Grundsätze der politischen Ökonomie) 1848 unter seinem Namen. 1851 erschien *Das Stimmrecht der Frauen* (*The Enfranchisement of Women*), ein Jahr nach ihrem Tod (1858) *On Liberty* (Über die Freiheit) und 1869 *The Subjection of Women* (Die Hörigkeit der Frauen).

Es ist nicht ganz klar, wie groß der Anteil Harriet Taylor Mills an Grundsätzen der politischen Ökonomie war, die als eines der bedeutendsten ökonomischen Werke des 19. Jahrhunderts gelten und bis Ende des Jahrhunderts das Standardwerk der Politischen Ökonomie waren. Die feministische Ökonomin Michèle Pujol ist überzeugt, dass dieses mehr als 1000-seitige Werk gemeinsam verfasst wurde. Es entwickelt die Umrisse eines Reformprogramms, das, so John Stuart Mill, im Wesentlichen auf Harriet zurückging: Radikale Veränderung des Erbschaftsrechts, Schaffung von Produktions-, Konsum- und Kreditgenossenschaften, um eine Besserung der Lage der Arbeitenden durch Selbsthilfe zu ermöglichen. Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist eine zentrale Forderung in dem Buch, darin enthalten der uneingeschränkte Zugang von Frauen zu allen Erwerbsbereichen und Ämtern.

Barbara Leigh Smith Bodichon (1827 – 1891)

Sie wurde in England als Tochter des umtriebigen »Abwechslers«, Unterstützers der Armen und Universalisten Benjamin Leigh Smith geboren, der mit einer Arbeiterin zusammenlebte, ohne verheiratet zu sein, die fünf Kinder gebar und jung starb. Die Kinder wurden gleichberechtigt erzogen, Brüder wie Schwestern.

1857 verfasste Barbara Leigh Smith Bodichon als erste Frau eine Abhandlung über Frauenerwerbstätigkeit. Je größer die Arbeiterschaft, umso größer sei die Gesamtproduktion und umso leichter sei es, die Bedürfnisse aller zu befriedigen. Die Autorin setzt sich dafür ein, dass Töchtern ein Bildungsabschluss ermöglicht wird und wandte sich mit dieser Forderung vor allem an Väter. Smith Bodichon kritisierte die Institution Ehe, trat für das Arbeitsrecht für verheiratete Frauen ein und forderte die Gewerkschaften auf, sich für Frauen zu öffnen. Auf Bodichon werden erste Ansätze einer Crowdingtheorie am Arbeitsmarkt (Verdrängungstheorie) zurückgeführt. Die Konzentration von Frauen in bestimmten Branchen und Berufen führe dort zu einem Überangebot an Arbeitskräften und niedrigen Löhnen.

Mary Paley Marshall (1850 – 1944)

Sie war eine der ersten universitär verankerten Ökonominen, geboren und bis zum Ende im Vereinigten Königreich lebend, verbrachte sie einen Teil der Studienzeit in Cambridge, wo sie auch Politische Ökonomie studierte. Danach arbeitete sie rund 40 Jahre als Dozentin für Ökonomie, lehrte Grundzüge des Steuerwesens, Steuern und deren Auswirkungen auf verschiedene Klassen, Methoden der Wirtschaftswissenschaften und wirtschaftspolitische Maßnahmen. 1879 veröffentlichte sie das gemeinsam mit ihrem Mann, Alfred Marshall geschriebene Buch *The Economics of Industry*, half ihm später, seine weiteren Bücher zu schreiben.

Charlotte Perkins Gilman (1860 – 1935)

Sie war die Tochter einer Gelegenheitsarbeiterin und eines Buchhändlers und Schriftstellers und wurde 1860 in Hartford (Connecticut) geboren. Der Vater verließ die Familie früh, Charlotte wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf, besuchte eine Kunstgewerbeschule und heiratete 1884 einen Kunstmaler, den sie nach vier Jahren verließ. Die gemeinsame Tochter blieb nach der Scheidung beim Vater. Gilman ging nach San Francisco, wo sie politisiert wurde, ab 1902 als Journalistin und Rednerin tätig war und acht Jahre lang eine eigene Monatszeitschrift herausgab.

Ihr Hauptwerk, *Women and Economics*, wurde ein internationaler Erfolg und wurde in sieben Sprachen übersetzt. Der Untertitel lautet übersetzt Eine Studie der ökonomischen Beziehung zwischen Männern und Frauen als ein Faktum der sozialen Revolution. Gilman beschreibt darin die ökonomischen Bedingungen der geschlechtlichen Arbeitsteilung, die auf völlig übersexualisierten Geschlechtsstereotypen beruhe: »Wir sind die einzige Spezies, in der der weibliche Teil vom männlichen abhängig ist, und die einzige Spezies, in der die sexuelle Beziehung eine ökonomische ist.« Gilman geht in ihrer Analyse auch auf Klassenunterschiede zwischen Frauen ein, deren ökonomischer Status sich über den des Mannes herleite.

In ihrer Zeitung *Forerunner* veröffentlichte sie die Fortsetzungsgeschichte *What Diantha did*, in der sie die Geschichte einer Frau erzählt, die von zu Hause auszieht und ein Unternehmen gründet, das Dienstleistungen für Hausarbeiten anbietet.

Rosa Luxemburg (1871 – 1919)

Stammte aus einer bildungsbürgerlichen jüdischen Familie in Polen, wuchs in Warschau auf und studierte ab 1889 Botanik in Zürich, wo sie sich in Leo Jogiches verliebte, dem zuliebe sie in die Wirtschaftswissenschaften wechselte. 1898 übersiedelte sie nach Deutschland, wo sie schnell in die erste Reihe der europäischen Sozialdemokratie aufstieg. Luxemburg kam aus der Schule von Marx, den sie allerdings kritisch auffasste. 1913 veröffentlichte sie ihr langes Werk *Die Akkumulation des Kapitals*. Ein Beitrag zur ökonomischen Revolution des Imperialismus. Ihre Akkumulationstheorie verarbeitete sie später noch einmal schlüssiger und besser lesbar in *Antikritik* (1921), zwei Jahre nach ihrer Ermordung erschienen), dem der Ökonom Fritz Sternberg (1895 – 1863) bescheinigte, sehr kluge Fragen zu stellen, die aber nur zum Teil richtig beantwortet worden seien.

Alice Salomon (1872 – 1948)

Wurde als viertes Kind einer jüdischen Kaufmannsfamilie geboren, widmete sich ehrenamtlich der Unterstützung alleinerziehender Arbeiterinnen, war 1908 Mitbegründerin der reichsweit ersten Sozialen Frauenschule in Berlin, deren Nachfolgeeinrichtung die heutige Alice-Salomon-Hochschule ist.

1906 wurde Alice Salomon an der Berliner Universität in Nationalökonomie promoviert. Salomon regte bereits Anfang des 20. Jahrhunderts an, über Mindestlohn nachzudenken, befasste sich jedoch vor allem mit Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit. Das Thema ihrer Dissertation lautete *Die Ursachen der ungleichen Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit*, in der sie herausarbeitete, dass nicht nur Arbeiterinnen, stattdessen Frauen in allen Berufsfeldern ungleich entlohnt werden. Die unterstellten niedrigen Bedürfnisse der Frauen hätten überall und klassenübergreifend zu geringeren Lohnhöhen geführt und Lohngruppen richteten sich jeweils nach dem untersten Bedürfnis.

Die Nationalsozialisten drängten Salomon aus allen Ämtern, erkannten ihr beide Dokortitel ab. Salomon emigrierte in die USA, wo sie 1948 mittellos und einsam starb.

Hannah Arendt (1906 – 1975)

In Hannover als Tochter jüdischer Eltern geboren, studierte Hannah Arendt ab 1924 Philosophie, Evangelische Theologie und Griechisch in Marburg, promovierte 1928 bei Karl Jaspers, schrieb danach für die Frankfurter Zeitung und besuchte Seminare bei Paul Tillich und Karl Mannheim. Sie verließ Deutschland 1933, um den Nazis zu entkommen, ging nach Paris, heiratete den Philosophen Heinrich Blücher, emigrierte in die USA, wo sie ab 1953 Professorin am Brooklyn College wurde, später an die Chicago University ging, um 1967 nach New York zurückkehren, wo sie 1975 starb.

In *Vita activa*, die ihre Wurzeln in Betrachtungen über den Maximus hatte, entwickelte Arendt Betrachtungen zur menschlichen Aktivität, die sie in drei Arten des Tätigseins unterteilte: Arbeiten, Herstellen, Handeln (labour, work and action). Unter Arbeiten verstand sie alles, was für den Erhalt des Lebens unabdingbar ist und dem Konsumieren dient, sie unterstellte, dass nur mit arbeiten kein Ziel und keine Entfaltung hin zu Höherem möglich sei. Arbeit allein könne nicht Sinn des Lebens sein. Das Herstellen schaffe Dinge von Bestand und oft über den Lebenshorizont der Schöpferin oder des Schöpfers hinaus, jedoch auch Dinge, deren Wert begrenzt ist, sich abnutzt und verbraucht. Handeln jedoch war für Arendt die höchste Form des Tätigseins, es vollziehe sich im öffentlichen Raum und sei das konstruktive Modell einer Teilhabe aller an Wirtschaft und Gesellschaft, das zugleich ständig bedroht sei durch übermächtige Wirtschaftsinteressen.

Elinor Ostrom (1933 – 2012)

Sie ist die erste und bisher einzige Frau, die den Wirtschaftsnobelpreis erhalten hat. Geboren in Los Angeles, studierte sie Politikwissenschaften, promovierte mit einer Arbeit über das Agieren öffentlicher Unternehmen, beschäftigte sich mit der Frage, wie Verwaltung besser funktionieren kann und gehörte gemeinsam mit ihrem Mann in den 1970er Jahren zu den führenden VertreterInnen der Bloomington School, die sich gegen versimpflichende Dichotomien (Markt-Staat, Kapitalismus-Sozialismus) wandte, stattdessen mit Selbstorganisation auf verschiedenen Ebenen befasste.

Selbstorganisation, die Suche nach Mischformen von Markt und Staat, vor allem aber das Funktionieren der Commons (Allmende) gehörten zu ihren wichtigsten Themen. Die Politologin analysierte ökonomisches Handeln von Menschen, die Güter gemeinsam nutzen, dafür untersuchte sie sowohl zeitgenössische als auch über 1000 Jahre alte Commons. Sie zeigte, dass Menschen jenseits von Markt und Staat in der Lage sind, sich selbst zu organisieren und es gelang ihr zumindest, Ökonominen für Kooperationsformen zu sensibilisieren, was im sterilen Mainstream der Wirtschaftswissenschaften fast einer kleinen Revolution gleichkommt.

Einige der hier vorgestellten Ökonominen wurden bereits in »Oxi« ausführlich porträtiert. Die Texte, aus denen sich auch diese Übersicht speist, finden Sie im Archiv auf oxi.blog.de. Viele Informationen verdankt diese Übersicht zudem dem Buch von Bettina Haidinger und Käthe Knittler »Feministische Ökonomie: Eine Einführung«, erschienen 2016 bei Mandelbaum in Wien.

Zusammengestellt von **Kathrin Gerlof**



Marx nicht in den Klassiker-Schrank sperren

Antonella Muzzupappa kümmert sich für eine Parteistiftung um Politische Ökonomie

Für ideologische Spielchen mit Karl Marx hat Antonella Muzzupappa nicht besonders viel übrig. Zum Beispiel, wenn einmal wieder in einem der vielen Jubiläumsartikel behauptet wird, der Alte aus Trier sei gleichsam für die Schrecken des Parteikommunismus und das ökonomische Scheitern des Realsozialismus verantwortlich. »Marx hat weit mehr den Kapitalismus analysiert als über dessen Zukunft zu spekulieren«, pflegt die gebürtige Italienerin dann zu sagen. Und sie verbindet dies gern auch mit der Warnung, den Autor der »Kritik der Politischen Ökonomie« in »den Schrank der Klassiker zu sperren«. Denn für Muzzupappa sind die Schriften keineswegs bloß altes Papier, sondern hoch aktuelles Werkzeug.

Nach einem Studium der Politikwissenschaften kam die Enddreißigerin Muzzupappa nach Berlin, wo sie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung als Referentin für Politische Ökonomie arbeitet. Seit 2006 werden dort »Kapital«-Lektürekurse angeboten – jede Woche kommen dann vor allem Jüngere zusammen, um sich gemeinsam durch das Hauptwerk von Marx zu arbeiten, angeleitet von Teamern und Teamerinnen. »Wir wissen, dass Marx ein komplexer Autor ist und dass das »Kapital« nicht leicht zu lesen ist«, so Muzzupappa. Man wisse aber auch, dass die Analyse des Marx'schen Werke »eine unverzichtbare Grundlage für das Verständnis der heutigen Gesellschaft ist.«

Aus dieser Art Bildungsarbeit ist dann auch ein Arbeitsmaterial entstanden, das inzwischen international Furore macht: PolyLuxMarx, eine Visualisierung des ersten Bandes. »Für die über 2.500 Seiten von Marx' »Kapital« braucht man fast sechs Jahre, wenn man pro Tag eine Seite liest. Wer soll das alles lesen? Und wann?«, heißt es zu dem beim Dietz Verlag Berlin erschienenen Kompendium. Inzwischen ist es in mehrere Sprachen übersetzt. »Insbesondere eine jüngere, von ideologischen Grabenkämpfen unbelastete Generation liest wieder »Das Kapital«, so die Herausgeberinnen um Muzzupappa. Das ist dann auch das beste Mittel gegen den Erfolg ideologischer Spielchen mit Marx. vk



Der unbezahlte Teil der Ökonomie

Bettina Haidinger arbeitet an der Forschungsstelle Arbeitswelt in Wien und hat eine Einführung in Feministische Ökonomie verfasst

Sie studierte Ökonomie, Politikwissenschaft und Sozialanthropologie in Wien und Lissabon und arbeitet seit 2007 als wissenschaftlich für die Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Wien. Haidinger forscht, lehrt und publiziert zu Migration, Gender und Wohlfahrtsstaat, Arbeit und industrielle Beziehungen. 2011 promovierte sie an der Wirtschaftsuniversität Wien zum Thema »Transnationale Haushaltsorganisation«. Bettina Haidinger erhielt 2014 den Käthe-Leichter-Preis für Frauenforschung, Geschlechterforschung und Gleichstellung in der Arbeitswelt.

Zusammen mit Käthe Knittler veröffentlichte Bettina Haidinger im Verlag mandelbaum 2016 »Feministische Ökonomie. Eine Einführung«. Das Buch ergründet »all jene von der traditionellen Wirtschaftswissenschaft ausgeblendeten Bereiche ökonomischer Zusammenhänge: Es geht darum, den unbezahlten Teil der Ökonomie – sei es in Form von Haus- oder Subsistenzarbeit – sichtbar zu machen und als wesentlichen Wertschöpfungsprozess zu behandeln; die spezifische Situation von Frauen am Arbeitsmarkt als Arbeitnehmerinnen oder Unternehmerinnen ins Blickfeld zu bekommen; und die Ignoranz von Geschlechterverhältnissen in ökonomischen Prozessen der Produktion, Verteilung, Konsumtion, Investition oder Reproduktion aufzudecken.« 2013 erschien ihre Studie »Zur Reproduktion des transnationalen Haushalts«. Haidinger analysiert am Beispiel ukrainischer Migrantinnen in Österreich transnationale Haushaltsorganisation, widersprüchliche Klassenmobilität und sich verändernde Geschlechterbeziehungen, sie stellt in der Studie den Haushalt als (Re-)Produktionsort ins Zentrum ihrer Analyse und untersucht transnationale Beziehungs- und Reichtumsungleichgewichte. kge



Ein stark männlich geprägtes Klima haben

Die Bonner Spezialistin für Finanzmarktökonomie Isabel Schnabel ist die erst dritte »Wirtschaftsweise«

Es ist eigentlich ganz guter Beleg dafür, wie die Lage ist: Isabel Schnabel ist erst die dritte Frau im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – nach Beatrice Weder di Mauro, die 2004 als erste in die Phalanx der »Wirtschaftsweisen« einbrach und Claudia M. Buch. 1971 geboren machte sie schnell in den Wirtschaftswissenschaften Karriere: 1998 Studienabschluss als Jahrgangsbeste, 2003 Promotion, 2007 Professur. Die Spezialistin für Finanzmarktökonomie lehrt heute an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn.

Ob sie sich als Quotenfrau im Beratergremium der Regierung sieht? Nein, sagt Schnabel. »denn es gab ja keinen männlichen Kandidaten, der in meinem Fachgebiet offensichtlich besser qualifiziert gewesen wäre.« Ihr Schwerpunkt bei den »Weisen« sind Themen wie Banking und Regulierung – ein Gebiet, zu dem die Ökonomin in der FAZ meinte, es würde dort inzwischen »ohnehin relativ viele Frauen arbeiten«. Was die Gründe angeht, hält sich Schnabel bedeckt. Aber es fällt eben schon auf, so die Dortmunderin, dass im Bereich Finanzmarktregulierung eher mehr Ökonominen wirken als zum Beispiel in der Makroökonomik.

Schnabel wurde einmal direkt gefragt: »Ist Sexismus in den deutschen Wirtschaftswissenschaften ein Problem?« Ihre Antwort gegenüber der FAZ: »Offenen Sexismus habe ich persönlich selten erlebt. Ich glaube nicht, dass dies das Hauptproblem ist. Es geht eher darum, dass wir in den deutschen Wirtschaftswissenschaften ein stark männlich geprägtes Klima haben.« Dabei gehe es vor allem um die Art der Auseinandersetzung – ihre seien immer wieder Nachwuchswissenschaftlerinnen begegnet, die meinten: »Das tue ich mir nicht mehr an. Ich möchte nicht immer dieses extrem aggressive, negative Feedback bekommen.«

Für Schnabel ist das keine Sache von unterschiedlichen Generationen. Sie beobachtet männerdominantes Gebaren bei Älteren wie bei Jüngeren – und selbst bei Kolleginnen. »Die Frauen verhalten sich dann wie die Männer.« Für einen Wandel der Verhältnisse hält es Schnabel für sinnvoll, mehr Frauen auf Lebenszeitprofessuren zu berufen – dies heiße auch: »mehr Vorbilder für die jungen Frauen«. Auch gegen Geschlechterstereotypen, die die Arbeit beeinflussen, müsse mehr getan werden – zunächst einmal, indem man »das Bewusstsein für diese Probleme« schärfe.

Dass Schnabel im Sachverständigenrat zu der Mehrheit gehört, die gern auch einmal polemisch gegen den gewerkschaftsnahen Vertreter Peter Bofinger Front macht, ist allerdings auch wahr. Die Ökonomin will das aber nicht so hoch gehängt sehen: »Es gibt viele wichtige Fragen, wo wir alle fünf einen Konsens haben. Das geht leider meist unter. Und wäre es nicht viel schlechter, wenn wir nicht auch kontroverse Diskussionen führen würden?« vk

Unentbehrlich

Den Begriff der Produktionsverhältnisse weiterentwickeln: 13 Thesen zu Marxismus-Feminismus

1.

Marxismus und Feminismus sind zwei Seiten einer Medaille (wie Helen Colley einschärft), aber diese Medaille gehört selbst umgeformt. Feministischer Marxismus hält am Marx'schen Erbe und damit an der Bedeutung der Analyse von Arbeit in Form der Lohnarbeit und damit als Antriebskraft der Arbeiterbewegung fest (wie Gayatri Spivak insistiert). Aber in der Bestrebung, die übrigen weiblichen Tätigkeiten ebenso ins Zentrum der Analyse zu rücken, geht Marxismus-Feminismus über die lähmenden Versuche hinaus, häusliche und außerhäusliche Tätigkeiten entweder gänzlich in eins zu setzen oder sie umgekehrt ganz auseinander zu denken (dual economy debate, domestic labour debate), und stellt sich der grundsätzlichen Herausforderung, den Begriff der Produktionsverhältnisse für feministische Fragen zu besetzen und weiterzuentwickeln.

2.

Dabei wird (wie schon bei Marx und Engels) von zwei Produktionen ausgegangen – der des Lebens und der der Lebensmittel. Im Zusammendenken der beiden wird es möglich, konkrete Praxen und ihr Zusammenwirken zu untersuchen. Dies öffnet ein riesiges Forschungsfeld, in dem nach den je historisch und kulturell verschiedenen Ausprägungen von Herrschaft und deren Veränderungsmöglichkeiten gesucht werden muss.

3.

Es leuchtet ein, dass Geschlechterverhältnisse Produktionsverhältnisse sind und nicht zusätzlich hinzukommen. Alle Praxen, Normen, Werte, Autoritäten, Institutionen, Sprache, Kultur usw. sind in Geschlechterverhältnissen kodiert. Diese Annahme macht feministisch-marxistische Forschung so fruchtbar wie notwendig. Die Gleichzeitigkeit und Verbundenheit innerhalb globaler Verhältnisse bei Unterscheidenheit in den historisch konkreten Unterdrückungen von Frauen macht das Zusammentragen von Erfahrungswissen internationaler Aktivistinnen notwendig.

4.

Marxismus ist für die kapitalistische Gesellschaft und ihre herrschaftslegitimierenden wissenschaftlichen Disziplinen nicht nützlich. Weil feministischer Marxismus (wie Marx, aber auch vor allem Luxemburg, Gramsci, Brecht u.a.) davon ausgeht, dass die Menschen ihre Geschichte selber machen bzw., wo sie daran gehindert werden, Selbstermächtigung zu suchen, ist Marxismus-Feminismus untauglich für autoritäres Handeln von oben. Dies setzt Forschungen wie die zur Erinnerungsarbeit frei, ebenso eröffnet es einen historisch-kritischen Umgang mit sich selbst als Teil eines Kollektivs, ist also auch eine Form der Selbstkritik als Produktivkraft.

5.

Da alle Gesellschaftsmitglieder in ihrem Handeln an Herrschaftsverhältnissen teilhaben, ist eine konkrete Erforschung der

Herrschaftsknoten nötig, die im kapitalistischen Patriarchat den Wunsch zur Veränderung lähmen oder gar ganz fesseln können. Feministinnen haben hier den Vorteil, kaum Privilegien zu haben, die mit dem Zugang zu Macht einhergehen. Sie haben deshalb weniger zu verlieren und mehr Erfahrung, die Welt von unten zu sehen.

6.

Alle Mitglieder der kapitalistischen Gesellschaft sind durch diese Herrschafts- und Unterwerfungsverhältnisse zugerichtet; insofern sind sie noch weit entfernt davon, in einer befreiten Gesellschaft zu leben. Es gibt historisch tradierte Formen von Herrschaft und Gewalt, die sich nicht kontinuierlich oder durch einen Hauptwiderspruch in die Gegenwart fortsetzen. Die brutalen Formen von Gewalt (gegen Frauen), von Verrohung, Kriegsbereitschaft usw. (worauf Zillah Eisenstein abzielte) sind als gleichzeitige Schrecken alter Verhältnisse zu fassen. Aber Gewalt ist nicht nur Ausdruck tradierter, sondern auch gegenwärtig hergestellter Verhältnisse. Dafür braucht es ein spezifisches Verständnis von Kritik und Analyse, das Essenzialismen vermeidet. Für marxistische Feministinnen sind diese Gewaltverhältnisse als elementarer Bestandteil ihres Befreiungskampfes theoretisch und praktisch einzuholen: für sich selbst, um ihren Subjektstatus zu erringen, sowie ihr Aufbegehren gegen männlich-menschliche Unterentwicklung.

7.

Marxismus-Feminismus nimmt Stellung zum Primat von Arbeiterbewegung als historischem Subjekt und Trägerin von Transformation. Den Feminismus in den Marxismus hineinzufragen und dabei beide zu verändern, macht eine kritische Sicht auf den traditionellen Marxismus, der sich allein auf die Arbeiterbewegung bezieht, unabdingbar. Marxismus ist Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie plus Arbeiterbewegung – das macht seine unvergleichliche Kraft aus. Es macht zugleich seine Grenze sichtbar. Das Schicksal der Arbeiterklasse zeigt auch ihre Unfähigkeit, Fragen, die den historischen Horizont der Klassenkämpfe überschreiten, zu erkennen und weiterzuentwickeln. Für die neuen feministischen Fragen, ebenso wie für Fragen der Ökologie, ist dieser traditionelle Marxismus nicht aufnahmefähig. Er muss weiterentwickelt werden (wie Rosa Luxemburg hervorgehoben hat). Die Fülle der vielfältigen sozialen Bewegungen sowie auch der noch ungenutzte Reichtum von Marx' kulturellem Erbe verlangen eine kontinuierliche weitere Auseinandersetzung. Hier sind alle marxistischen Feministinnen gefragt.

8.

Die Debatte um den Zusammenhang von race, Klasse und Geschlecht (Intersektionalität) sollte vorangetrieben werden. Der Zusammenhang von Klasse und Geschlecht ist in allen kapitalistisch verfassten Gesellschaften weiter konkret zu erforschen, was als »race question« auftritt, ist je nach Gesellschaft und Kultur konkret zu beantworten und auf die beiden anderen Unterdrückungsarten zu beziehen (was Ann Ferguson und Gayatri Spivak hervorheben). Nichtlineares Denken ist gefragt.

9.

In den Umbrüchen, die der Krise des Fordismus folgten und sich in der globalisierten Ökonomie von Krise zu Krise zeigen, welche die Menschen in immer prekärere Verhältnisse treiben, gehören Frauen ebenso wie marginalisierte Praxen und Gruppen zu den Verliererinnen.

10.

Der Abbau des westlichen Wohlfahrtsstaats in einer globalisierten Ökonomie überlässt die Sorge um das Leben Frauen in unbezahlter häuslicher Arbeit oder in gering bezahlter Lohnarbeit, global erfahrbar im global care-chain. Wir können dies als Care-Krise fassen, als notwendige Folge einer kapitalistischen Gesellschaft, die in der Verschiebung ihres ökonomischen Zentrums auf Dienstleistungen in eine Profitklemme gerät und zu immer barbarischeren Formen der Austragung der Krisen um ungleiche Wertschöpfungsniveaus greift (wie Tove Soiland vorschlägt).

11.

Uns ist gemeinsam, das Leben ins Zentrum unserer Kämpfe zu rücken (u.a. Montserrat Galcerán, Lise List) und damit die Kämpfe um gemeinsam selbstbestimmte Zeit zu führen. Wir können auch dem Vorschlag nachgehen, die Krisen um das Leben als Folge ungleicher Zeitlogiken innerhalb hierarchisierter Bereiche zu analysieren (Frigga Haug). Als Politik schlägt Haug die Vier-in-einem-Perspektive vor, das heißt, Politik um die Verfügung über Zeit zu führen, und dabei die Bereiche nicht einander anzugleichen, sondern sie durch Verallgemeinerung zu enthierarchisieren. Erst wenn alle in allen Bereichen tätig sind, ist eine befreite Gesellschaft möglich.

12.

Unsere Kämpfe sind gegen Herrschaft gerichtet und radikal demokratisch – dies braucht auch Politik von unten. Unser Widerstand ist kulturell und zeitlich unterschiedlich situiert. Aber uns eint mit Marx, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«. Einen marxistisch-feministischen Kongress zu organisieren und darin unterschiedliche Umgänge mit Kooperation und Konflikt zu finden, ist ein Mittel unserer Aufgabe, unseren Widerstand in eine beständige marxistisch-feministische Bewegung zu übersetzen.

13.

Marxistische Feministinnen bleiben nicht länger in der Position, die den Frauen in der Arbeiterbewegung arbeitsteilig zugewiesen war, nämlich den Frieden zu verkörpern und dafür einzustehen, während Männer die Kriege machen. Wir lassen uns auf diese Politik nicht zurückstauchen, sondern wollen die Gesamtverantwortung mit übernehmen. Wir halten die feministische Kraft in der gegenwärtigen Weltlage voll Krisen und Krieg für unentbehrlich. Sie hat Verantwortung und starke Möglichkeiten.

KOLLEKTIVER PROZESS

Die hier gedruckten 13 Thesen zu Marxismus-Feminismus hat **Frigga Haug** formuliert, sie sind aber »Dokument eines kollektiven Prozesses und selbst nur ein Anfang«, schreibt sie in einer Erläuterung zur Erstveröffentlichung in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift »Das Argument«. Begonnen hat dieser Prozess bereits vor drei Jahren, ein Aufruf von Haug an »Feministinnen, die ich aus der Bewegung der 1970er Jahre aus Veranstaltungen, Reisen, Gastprofessuren kannte«, führte zu einem ersten großen Kongress im Frühjahr 2015 in Berlin. Hier entstand eine erste Version der Thesen, diese wurden später »in einem vielstimmigen Diskussionsprozess« weiterentwickelt. 2016 fand ein zweiter Kongress statt, diesmal in Wien. Auch dort wurden die Thesen weiterdiskutiert. Im Oktober 2018 ist im schwedischen Lund eine nächste Konferenz der »marxistisch-feministischen Internationale« geplant.

Warum es neue Orte für ökonomische Bildung braucht

Die Gedanken sind frei! Wirtschaftswissenschaft muss sich nicht auf die Flucht in mathematische Scheinwelten festlegen lassen

SILJA GRAUPE UND FLORIAN ROMMEL

Wirtschaft ist mir zu abstrakt«, hört man oft. Zugleich teilen viele Menschen die Einschätzung, dass Wirtschaft immer stärker unseren Alltag prägt, sie also sehr konkrete Folgen hat. Wie kommt es, dass Abstraktes Konkretes prägt? Wie können wir abstraktes und konkretes Denken verbinden lernen?

Das wirtschaftliche Leben ist bunt und voll. Täglich stehen wir mit zahlreichen Menschen in sozialen Interaktionen, reden, spielen, koordinieren, organisieren, handeln, täuschen, tauschen.

Dabei bewegen wir uns immer in unterschiedlichen medialen Welten; Sprache, Symbole, Zahlen, Emotionen, Gewohnheiten und Gesetze sind Räume, in denen wir uns begegnen, durch die wir uns koordinieren und zwischen denen wir uns immer wieder auch missverstehen können.

Der gegenwärtig dominanten (Volks)Wirtschaftswissenschaft liegt es oftmals jedoch fern, in diese lebensweltliche Vielfalt einzutauchen oder gar Licht zu bringen. Vor allem für Studierende ist durch den weltweit standardisierten Lehrbuchkanon bereits vorentschieden, fast ausschließlich in mathematische Scheinwelten entführt zu werden, die als Ausgangspunkt einer Manipulation des Denkens genutzt werden können.

Zu abstrahieren bedeutet vor allem, von Phänomenen abzusehen, sie auszublenden. Abstraktes Denken funktioniert wie eine Leiter, auf der man emporkletternd immer weniger erkennen kann. Solche »Leitern« sind praktisch, um von »oben« zu erkennen. Man erhält eine gute Übersicht über Muster und Strukturen. Im Gegenzug muss dafür manches kognitiv ausgeblendet werden, ist dann zwar real noch vorhanden, schwindet aber aus unserem Aufmerksamkeitsfokus.

Wenn wir aus dieser neuen Sichtweise handeln und dabei vergessen, dass wir auf einer Leiter stehen, kann ein Fehltritt fatale Folgen haben.

Auf das ökonomische Denken übertragen, können wir uns auf der ersten Stufe die eingangs angesprochene Mannigfaltigkeit unseres Zusammenlebens vorstellen, die sich mit »Alles Soziale« bezeichnen lässt. So weit und reichhaltig der Blick von dieser Stufe noch ist, abstrahiert er dennoch bereits etwa von unseren Beziehungen mit und Erfahrungen in der Umwelt und der Natur.

Auf der nächsten Stufe schränken wir diesen Fokus noch weiter ein. Es wird nur noch »Wirtschaften« betrachtet: Staat, Zivilgesellschaft aber auch politische und kulturelle Aktivitäten, die mit »Alles Soziale« noch angesprochen waren, werden ausgeblendet, während Phänomene wie Arbeiten, Produzieren, Sorgen, Tauschen etc. in den Vordergrund treten. Betrachten wir nur noch »Märkte«, abstrahieren wir noch weiter. Es scheint, als wäre allein der geldförmige Tausch zwischen Menschen von Erkenntnisinteresse.

Entlang unserer Abstraktionsleiter nimmt die Selektivität der Erkenntnis immer weiter zu. Immer weniger vermögen wir reflexiv zu erfassen. Zugleich aber lässt sich dadurch ein gewisser Teil der sozialen Wirklichkeit (eben der geldförmige Tausch) eingehend strukturell analysieren.

Auf diese Weise kann etwa in den Blick rücken, dass und wie Geld andere gesellschaftliche Kommunikationsformen tatsächlich

verdrängen kann (überlegen Sie einmal kurz, wie selbstverständlich es uns ist, in den Supermärkten der Gegenwart weitgehend schweigend herumzulaufen und noch nicht einmal mit der Kassiererin in persönliche Beziehung zu treten). Auch kann das Geld dazu verführen, nur noch über Formeln und Algorithmen miteinander in Beziehung zu treten und etwa moralische oder politische Erwägungen praktisch nicht zu Wort kommen lassen. Wir begegnen uns dann »rein ökonomisch« als Käufer und Verkäufer, indem beide Parteien sozusagen auf der Leiter stehend handeln. Geld ist, kurz gesagt, eine »Realabstraktion« (Alfred Sohn-Rethel), eine Abstraktion, auf deren selektiver Grundlage wir tatsächlich handeln.

Eine Wissenschaft, die auf der Ebene »des Marktes« operiert, könnte solchen Prozessen auf die Spur kommen. Sodann könnte sie lehren, die Abstraktionsleiter wieder sicher hinabzusteigen und die Einbettung und Interrelationen dieser Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft allmählich zu erfassen – und damit nicht zuletzt auch der Realabstraktion des Geldes sprachlich etwas entgegenzusetzen. Also etwa zu klären, wie und wo sich diese Abstraktion verantworten lässt.

Doch der Mainstream der Ökonomie, wie er an Schulen und Hochschulen weltweit gelehrt wird, schult nicht das bewusste Herauf- und Hinabsteigen auf der Abstraktionsleiter. Stattdessen verlängert er die Leiter nach oben in die Unendlichkeit, bis unser Denken gleichsam durch ein Tor hin zu einer reinen Scheinwelt geführt wird, die – jenseits aller konkreten Erfahrung – nach eigenen Regeln funktioniert und jeden konkreten Blick auf Wirklichkeit konsequent verstellt.

Wie kann das sein? Auch der Mainstream nutzt das eben gewonnene abstrakte Bild von Märkten, jedoch nur als Assoziation und letzte Stufe, um sodann in eine Welt reiner mathematischer Modelle zu springen.

Diese Modelle sind nicht durch Beobachtung von Märkten entstanden. Im Bestreben, dem Erfolg der Naturwissenschaften nachzueifern, begann eine kleine Gruppe, zumeist Ingenieure, im 19. Jahrhundert, Lehrbuchrechnungen aus der klassischen Mechanik auf ökonomische Fragen nicht nur zu beziehen, sondern schlicht anzuwenden (Edgeworth, Walras, Jevons; Mirowski, 1991).

Entstanden sind so Modelle von Menschen, Wirtschaft und Gesellschaft, die nach den rein abstrakten Regeln der Mathematik funktionieren. So ist der homo oeconomicus nicht ein Mensch, der sich einem Maximierungskalkül anpasst; er ist nur noch dieses Kalkül. Als solcher ist er kein Wesen von dieser Welt, sondern ein Gedankenkonstrukt aus einer mathematischen Scheinwelt. Er ist als Realabstraktion nicht lebbar, sondern nur als mathematisch-funktionale Abstraktion berechenbar.

Nach diesem Sprung ist das Denkbare an das mathematische Darstellbare gebunden und in seiner Beweglichkeit ausschließlich davon bestimmt (Morgan, 2001; Krämer, 2016). Doch damit nicht genug: Nicht nur der Gegenstand ökonomischen Denkens verliert seinen Bezug zur Realität, sondern ebenso der Wissenschaftler selbst: Auch er darf, wie Alfred Schütz es formuliert hat, kein »Hier« in der Sozialwelt mehr haben. Stattdessen ist er zu kühlem Gleichmut, zu Mitleidlosigkeit und Distanz gegenüber jeglicher weltlichen Erfahrung verpflichtet.

Man mag nun fragen: Na und? Eine solche Gedankenakrobatik mag seltsam und als Zeitverschwendung angesehen werden. Aber wie sollte sie Auswirkungen auf die reale Welt

Lehrbücher sparen nicht mit emotionalen Aufladungen: So koppeln sie »Den Markt« durch gezielte Wortwahl an positive Gefühle wie »Sicherheit« und »Freiwilligkeit«.

haben können? Wie soll der sprichwörtliche akademische Elfenbeinturm in dieser Welt wirken können, wo er sich doch jenseits von ihr befindet?

Eine Antwort kann darin liegen, dass vollkommen abstraktes Denken in Modellen in den Köpfen sehr vieler Menschen alltäglich wirksam werden kann, wenn es gemeinsam mit manipulativen Elementen im Zuge von Bildungsprozessen erlernt wird. Unserer Kenntnis nach kann dies in der heutigen ökonomischen Standardlehre der Fall sein: Nicht um die sorgfältige Argumentation in einem klar definierten Raum mathematischer Abstraktion geht es hier.

Stattdessen passiert etwas gänzlich anderes: Scheinbar mathematisch präzise Argumentation wird dazu genutzt, junge Menschen erstaunlich schnell die Abstraktionsleiter hinaufzuführen, so dass ihr Kopf zunächst praktisch von ihren alltäglichen Wirtschaftsverständnissen »geleert« wird. Sodann werden die weitgehend leeren Konzepte gleichsam wie Container mit neuen Inhalten gefüllt. So wandelt sich »Der Markt« – ursprünglich ein Ort sozialen Austausches mittels des Mediums Geld – in den Lehrbüchern zu einer »Maschine« oder gar in ein handelndes autoritäres Subjekt, etwa einen »Zuchtmeister«, der mit den Preisen als »Karotte« oder »Peitsche« die Unternehmen zu (vermeintlich) gutem Handeln zwingen kann.

Und mehr noch: »Der Markt« wird durch sprachliche Manipulationen mit politischen oder gar ideologischen Konzeptionen assoziiert – so etwa mit »Freiheit«, »Kapitalismus«, denen beispielsweise »der Staat« oder ein »Zwangssystem« wie feindlich gegenübergestellt wird. Und auch mit emotionalen Aufladungen sparen moderne Lehrbücher nicht. So koppeln sie »Den Markt« etwa durch gezielte Wortwahl an positive Gefühle wie »Sicherheit« und »Freiwilligkeit«.

Derart aufgeladen, verbleibt nun der Markt-begriff nicht einfach in einem abstrakten Elfenbeinturm. Stattdessen wird seine unkritische, ja weitgehend unreflektierte Übernahme in den alltäglichen Sprachgebrauch durch eine Vielzahl scheinbar alltäglicher »Beispiele« immer wieder und wieder antrainiert.

Derart in den Köpfen von Millionen Menschen unbewusst verankert, können diese abstrakten Denkwelten ein ungeheures transformatives Potenzial entfalten. Sie mögen etwa mit der Ökonomisierung von immer mehr Lebensbereichen in Zusammenhang stehen.

Doch trotz allem gilt: Die Gedanken sind frei! Wirtschaftswissenschaft muss sich nicht auf die Flucht in mathematische Scheinwelten festlegen lassen. Schon gar nicht muss sie diese Welten als Ausgangspunkt zu manipulativen Zwecken missbrauchen.

Es ist Zeit, wissenschaftliche Formen und Möglichkeiten zu entdecken, die lebendige Mannigfaltigkeit wieder in den Blick zu nehmen und dabei immer wieder neu die richtige Balance zwischen abstraktem und konkretem Denken zu finden. Es braucht Freiräume, sich mit der Bedeutung etwa von Sprache, Kultur, Tausch, Schenken und Verantwortung fundiert zu beschäftigen. Und es braucht Räume, verstehen zu lernen, wie Abstraktionen im alltäglichen wie politischen Wirtschaftsleben wirken.

Sich darin von Anfang an zu üben, wollen wir an der Cusanus Hochschule in unserem Bachelor-Studiengang ermöglichen. Deshalb werden Studierende etwa direkt im ersten Semester angeregt, mit verschiedenen Fragestellungen wöchentlich einen Supermarkt aufzusuchen, zu beobachten und in Tagebucheinträgen das Alltagsgeschehen und sich selbst als Beobachter und Teilnehmer immer tiefergehender zu reflektieren.

Dies wird von Anfang an mit einer historischen und theoretischen Pluralität an Denkweisen flankiert. Selbstreflexivität zu fördern, zieht sich wie ein roter Faden durch das Studium. Durch die Rückbindung an eigene Praxiserfahrungen schwindet die Grenze zum bloß Theoretischen und befähigt, aus beiden Polen heraus klarer zu sehen und zu handeln.

Im Master Ökonomie geht es gerade bei Studierenden, die vorher Standardökonomie studiert haben, darum, die Wirkungen ökonomischen Denkens, insbesondere von wissenschaftlichen und realen Abstraktionen auf die eigene Biographie sowie Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Ganzen zu erkennen. Hierfür schulen wir ein Geschichtsverständnis ebenso wie eine genaue Kenntnis heutiger Ökonomisierungsprozesse. Auf dieser Grundlage entwickeln wir sodann mit den Studierenden ein breites, interdisziplinär fundiertes Vorstellungsvermögen realer institutioneller und gesellschaftlicher Transformationsprozesse.

So kann die wesentliche Grundfrage des Studiums, wie man selbst in Zukunft gemeinsam mit anderen für eine bessere Welt wirken und eintreten möchte, immer fundierter gestellt und können mögliche Antworten zunehmend im Handeln und Forschen erprobt werden.

Insgesamt wollen wir so Beispiel geben für neue Formen wirtschaftswissenschaftlicher Bildung, die auch an anderen Hochschulen eine Transformation ökonomischen Denkens in Theorie und Praxis inspirierend wirken können.

Silja Graupe ist Professorin für Ökonomie und Philosophie sowie Mitgründerin und -leiterin der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues. Sie leitet dort den Masterstudiengang Ökonomie.

Florian Rommel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ökonomie an der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues. Er hat dort im ersten Jahrgang den Master Ökonomie abgeschlossen.



Die Reichen müssen sich stärker beteiligen

Mechthild Schrooten plädiert schon lange für Umverteilung. Seit 2007 lehrt sie an der Hochschule Bremen

Jetzt muss es für die Vermögenden selbstverständlich werden, sich stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen«, so Mechthild Schrooten. »Geignete Instrumente hierzu sind eine Vermögensabgabe und die Wiederbelebung der Vermögensteuer.« Das Zitat ist ein paar Jahre alt – hat aber, siehe die Debatten über globale Ungleichheit, die immer weiter klaffende Vermögensschere hierzulande und die Folgen des Superreichtums für die Demokratie immer noch aktuell. Gefordert wird Umverteilung nicht nur von Schrooten, sondern unter anderem auch von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, der die Bremer Hochschullehrerin angehört.

Geboren 1961 in Duisburg studierte Schrooten zunächst Mathematik, Geschichte und Germanistik in Marburg und ging danach mit einem Auslandsstipendium nach Polen. 1990 schloss sie ein Studium der Volkswirtschaftslehre in Berlin ab und promovierte sich. Als Vertrauensdozentin der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung hielt Schrooten Tuchfühlung nicht nur zu linken Themen, sondern auch zur Nachwuchsförderung. Wenn man über den Stand von Ökonominen in der akademischen Welt redet, ist das keinesfalls eine Nebensächlichlichkeit.

Zwischen 1992 und 2007 arbeitete Schrooten, die sich auf Fragen der globalen Ökonomie und der Finanzkrise spezialisierte, beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Dort war sie zuletzt stellvertretende Abteilungsleiterin Weltwirtschaft, wachsend durch erhielt sie den Ruf auf eine Professorin an der Hitotsubashi-Universität im japanischen Tokio. Seit 2007 lehrt Mechthild Schrooten an der Hochschule Bremen.

Und sie mischt auch auch weiterhin politisch ein. Ob nun im Bündnis Umfairteilen oder in der Initiative steuermythen.de. Mit Blick auf die Krise in der EU warnt Schrooten vor Rückzügen in die nationalstaatliche Wagenburg. Damit komme man nicht in die Lage, »die globalen Probleme der Wirtschafts- und Finanzkrisen, des Klimawandels, der Sicherheitspolitik, der Migrationsbewegungen und des Terrorismus zu bewältigen«. Die Welt brauche, sagt Schrooten nicht nur mit Blick auf US-Präsident Donald Trump und seine Politik, »weniger Nationalstaat, sondern mehr europäische sowie internationale Kooperation.«

vk

LITERATUR

- › Silja Graupe **Beeinflussung und Manipulation in der ökonomischen Bildung Hintergründe und Beispiele**. FGW-Studie Neues Ökonomisches Denken, 2017.
- › Sybille Krämer **Figuration, Anschauung, Erkenntnis – Grundlinien einer Diagrammatologie**. Suhrkamp Verlag 2016.
- › **More Heat than Light: Economics as Social Physics, Physics as Nature's Economics**. Cambridge University Press 1991.
- › Mary S. Morgan **Models, stories and the economic world**. Journal of Economic Methodology 8, S. 361-384, 2001.
- › Walter Otto Öttsch **Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie**. Metropolis 2009.



Trotz oder gerade wegen des »Machismo«

Wie in Lateinamerika versucht wird, feministische Forderungen und wirtschaftspolitische Reformen zu verknüpfen

ULRIKE KUMPE

Frauen beteiligen sich auf vielfältige Weise an den Kämpfen zur Überwindung des in die Krise geratenen Neoliberalismus in Lateinamerika. Dennoch sind sie gesamtgesellschaftlich weiterhin benachteiligt. Sie sind am stärksten von Armut und in erheblichem Maße von Gewalt betroffen. Sie sind sowohl Teil als auch Kritikerinnen des verfassungsgebenden Prozesses in Bolivien und Ecuador, sind Unternehmerinnen in der Bewegung der solidarischen Ökonomie in Brasilien und Wortführerinnen im Kampf um ein menschenwürdiges Leben der zapatistischen Bewegung in Mexiko.

In ihrem Aufsatz »Das Konzept des Buen Vivir in der ecuadorianischen Verfassung aus feministischer Perspektive« zeigt Anna-Lisa Gann viele Überschneidungen mit Theorien feministischer Ökonomie hierzulande auf. Ein Beispiel ist die Definition von Arbeit: »In Hinblick auf den Arbeitsbegriff greifen feministische Theorie und die in der ecuadorianischen Verfassung vorgenommene Neubewertung ineinander.«

Dies gilt genauso für die Verfassung Boliviens. Neben der Verankerung eines Rechts auf Arbeit, ist der Begriff differenziert ausformuliert: »Es werden alle Formen von Arbeit anerkannt, in Abhängigkeitsverhältnis oder autonom, inklusive Arbeiten der Subsistenz und menschlichen Pflege, und alle Arbeiterinnen und Arbeiter gelten als produktive soziale AkteureInnen.« (Artikel 325, 152)

Die Neudefinition des Arbeitsbegriffs durch Feministinnen, die alle Arten von Arbeit integriert – insbesondere die sogenannte Sorgearbeit – ist eine konstante Forderung. In Bezug auf das Naturverhältnis geht Buen Vivir sogar über westliche öko-feministische Forderungen hinaus, indem es die Natur als Rechts-subjekt definiert.

Andererseits weist Gann darauf hin, dass Buen Vivir argumentativ deutlicher den Zusammenhang zwischen Geschlechterverhältnis, wirtschaftlichem Handeln und gesellschaftlichem Wohlstand herausstellen könnte. Eine Kritik, die auch Martha Eugenia Lanza

Meneses von der Fundación Colectivo Cabildeo Bolivia teilt.

Sie hebt in ihrem Beitrag »Buen Vivir: Eine Einführung aus der Perspektive von Frauenrechten« hervor, dass die scheinbare Geschlechtsneutralität des Buen Vivir seine grundsätzliche patriarchale Struktur verdeckt, weibliche Teilhabe beschränkt und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in indigenen Gemeinschaften negiert. Das Problem beginne, so Lanza Meneses, bei der Frage der politischen Teilhabe von Frauen aus indigenen Gemeinschaften. Während sich die Machtverhältnisse in der bolivianischen Gesellschaft insgesamt verschoben hätten, seien sie in den indigenen Gemeinschaften geblieben, wie sie bereits waren.

Gänzlich anders ist der Prozess innerhalb der zapatistischen Bewegung verlaufen. Hier stehen die Rechte und Forderungen indigener Frauen am Anfang politischer Organisation. Sie setzten noch vor dem großen politischen Auftritt der Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung EZLN Anfang 1994 verschiedene Forderungen innerhalb der indigenen Gemeinden durch.

Das von ihnen erwirkte generelle Alkohol- und Drogenverbot in zapatistischen Gemeinden besteht bis heute. Sie treten mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit und agieren selbstbewusst als Entscheidungsträgerinnen innerhalb der von ihnen mitgeschaffenen basisdemokratischen Strukturen, die im Gegensatz zum Prozess in Bolivien und Ecuador erst entwickelt worden sind.

In beiden Ländern sind die bestehenden patriarchalen Entscheidungsstrukturen indigener Gemeinschaften heute in ein parlamentarisches und bislang auch weiterhin kapitalistisches System integriert worden, ohne hinterfragt zu werden. Dies steht im Widerspruch zur breiten Partizipation und Neustrukturierung der Verfassungen als grundlegendem Gesellschaftsvertrag.

Während in Bolivien und Ecuador die Transformation ökonomischer Macht über die Verfassung und damit politische Macht geschieht, die zapatistische Bewegung sie militärisch und politisch durchsetzt, vollzieht sich dieser Transformationsprozess in Brasilien, aber

Das Problem beginne, so Lanza Meneses, bei der Frage der politischen Teilhabe von Frauen aus indigenen Gemeinschaften.

auch in Argentinien entlang der Bewegung der Solidarischen Ökonomien.

In Brasilien liegt der Anteil der Solidarischen Ökonomien an der gesamten Wirtschaft bei etwa drei Prozent. In Argentinien sind es 367 Betriebe mit etwa 16.000 Beschäftigten. Während in Brasilien die Solidarischen Ökonomien gefördert werden durch das Sekretariat für Solidarische Ökonomie, die Kirche und die sogenannten »incubadores« der Unterstützungs- und Entwicklungseinrichtungen, können die argentinischen Betriebe unter der aktuellen Regierung des konservativen Präsidenten Macri nicht mit Unterstützung rechnen.

Paul Israel Singer, Staatssekretär für Solidarische Ökonomie in Brasilien, benannte 2015 auf einem Kongress zur Solidarischen Ökonomie in Berlin die zentralen Prinzipien: Selbstverwaltung, Autonomie und Gleichheit. Für viele der solidarökonomischen Betriebe kommen zwei weitere Prinzipien hinzu: nachhaltiges Wirtschaften und solidarisch nach außen wirken, um die Idee einer anderen Wirtschaft und Gesellschaft zu vermitteln.

Diesen Prinzipien folgt auch der brasilianische Genossenschaftsverband »Justa Trama«,

zu deutsch »gerechter Pfad«. Er konnte sich im Vorfeld des Weltsozialforums 2005 gründen. Es wurden Taschen für die Kongressteilnehmenden gebraucht. Das war der Start für eine gerechte und umweltverträgliche Textilproduktionskette vom Saatgut bis zum fertigen T-Shirt.

Aktuell sind es eigenen Angaben zufolge 600 Beschäftigte. In den Genossenschaften von »Justa Trama« arbeiten mehrheitlich Frauen. Ihr Anspruch ist ein gerechter Lohn für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der gesamten Produktionskette. Außerdem gründen sie ihre Produktion auf biologisch angebaute Baumwolle aus kleinbäuerlicher Produktion und verwenden nur regionale Naturstoffe.

Auch in der Bewegung der solidarischen Ökonomie findet sich der Anspruch auf eine gerechtere und die Auswirkungen auf die Umwelt berücksichtigende Gestaltung wirtschaftlicher Tätigkeit. Die postulierte Gleichheit innerhalb der Betriebe wird ganz unterschiedlich umgesetzt und muss in den Betrieben jeweils erkämpft werden. Bei Betriebsübernahmen durch die Belegschaften, die in Brasilien gesetzlich geregelt sind, bewältigt dies oft eine Kernbelegschaft, die bereits vorher im Betrieb tätig war. Zumeist männliche oder weibliche Belegschaften bleiben dies in der Regel dann auch nach der Übernahme.

Die Krise des Neoliberalismus in Lateinamerika und die Krise des kapitalistischen Systems weltweit hat unterschiedliche Projekte und Kämpfe hervorgebracht. Trotz oder gerade wegen des ausgeprägten »Machismo« beteiligen sich Frauen in vielfältiger Weise an den Prozessen und Kämpfen. Die zentralen Forderungen, Schutz der Umwelt, Recht auf ein menschenwürdiges Leben und demokratische Gestaltung, sind allen Kämpfen immanent. Lediglich die Schwerpunkte werden verschieden gesetzt.

Die genannten Projekte und Auseinandersetzungen sind nur ein kleiner Ausschnitt der Kämpfe um Land, Demokratie, Arbeit und Würde in Lateinamerika. In allen finden sich feministische Forderungen und Theorien wieder. Und auch wenn die Ausrichtung der Kämpfe und Projekte nicht explizit feministisch ist, spielen sie im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Veränderung dennoch eine Rolle.

GLOSSAR

Erwerbsarmut

Erwerbsarmut bezeichnet eine soziale Situation, in der eine Person trotz Erwerbsarbeit von Armut betroffen oder bedroht ist. Als erwerbstätig gilt in diesem Zusammenhang, wer mehr als sechs Monate eines Jahres arbeitet. Von relativer Armut bedroht ist, wer in einem Haushalt lebt, der mit weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgerichteten Einkommens der Bevölkerung auskommen muss. Zudem werden Personen als erwerbsarm bezeichnet, die zwar einer bezahlten Arbeit nachgehen, aber ein so geringes Einkommen hieraus beziehen, dass sie Anspruch auf Sozialleistungen haben.

Der Anteil der Erwerbsarmut in Deutschland liegt bei knapp zehn Prozent, in etwa dem europäischen Durchschnitt. Allerdings ist die BRD – trotz steigender Beschäftigungszahlen und Rückgang der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren – europäische Spitzenreiterin im Anstieg von Erwerbsarmut: Die Anzahl der Betroffenen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren hat sich zwischen 2004 und 2014 nach Angaben des WSI verdoppelt. Betroffen waren damit rund 3,7 Millionen Erwerbstätige. Zur Gruppe der häufig Betroffenen zählen zum Beispiel VerkäuferInnen, Putzkräfte, KraftfahrerInnen oder Pflegekräfte.

FOLGEN DER AGENDA 2010

Die starke Zunahme von Erwerbsarmut trotz steigender Beschäftigungszahlen verweist auf die aktuelle Arbeitsmarktsituation als wichtige Ursache von Erwerbsarmut: Die Deregulierung des Arbeitsmarktes, rasantes Wachsen des Niedriglohnssektors und die Zunahme ungewollter Teilzeitbeschäftigung sind wichtige Faktoren. Zudem sind die Gründe in der Sozialpolitik nach Einführung der Agenda 2010 zu suchen, insbesondere der Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen und Sanktionen für BezieherInnen von Sozialleistungen.

Diese erhöhten den Druck auf Erwerbslose, auch schlecht bezahlte Arbeit annehmen zu müssen. Im EU-Kontext ist zudem eine weitere Verschärfung dieser Trends mit den arbeitsmarktpolitischen Reformen im Nachgang der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise zu beobachten.

Während in der öffentlichen Diskussion die Arbeitsmarktentwicklung angesichts steigender Beschäftigtenzahlen überwiegend positiv bewertet wird, fordern Gewerkschaften und Sozialverbände zur Bekämpfung von Erwerbsarmut ein drastisches Umdenken in der Arbeitsmarktpolitik – etwa Anheben von Mindestlohn und Arbeitslosengeld, Ausweitung der Tarifbindung sowie die Verringerung des Drucks auf erwerbslose BezieherInnen von Sozialleistungen. Nicht zuletzt wirft eine Entwicklung, in der jede/r zehnte Erwerbstätige von Armut betroffen ist, die Frage nach einer grundsätzlichen Reorganisation der Verteilung von Arbeit und gesellschaftlichen Ressourcen auf.

Brexodus

Der Begriff Brexodus – eine Zusammensetzung aus Brexit und Exodus – meint das durch den Brexit und mit ihm verbundene negative Folgen verursachte Abwandern von Personen und Unternehmen aus Großbritannien.

Für die über drei Millionen im vereinten Königreich lebenden EU-BürgerInnen stellt sich insbesondere das Problem ihres rechtlichen Status nach dem Brexit, beispielsweise im Hinblick auf Aufenthaltsrechtliche Fragen oder den Anspruch auf Sozialleistungen. Dies veranlasst Betroffene, die Wahl ihres Wohnortes in Frage zu stellen. So gibt die britische Statistikbehörde an, die Zahl der Abwanderung von EU-BürgerInnen sei 2017 auf den höchsten Stand der vergangenen Dekade gestiegen und sieht einen Zusammenhang mit dem für März 2019 erwarteten Brexit. Während in der aktuellen Debatte um einen Brexodus vor allem die Abwanderung Hochqualifizierter aus dem Finanz- und IT-Sektor im Mittelpunkt steht, bezieht sich die heute zu beobachtende Abwanderung jedoch auf im britischen Niedriglohnssektor beschäftigte Mitglieder vor allem osteuropäischer Staaten. Die Abwanderung der insbesondere im Hotelgewerbe, der Agrar- und Lebensmittelindustrie Beschäftigten führte bereits zu Protesten von Unternehmensverbänden, die aufgrund des Wegfallens billiger Arbeitskräfte eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit befürchten.

Für Unternehmen ist das künftige Verhältnis zur EU, insbesondere der Zugang zum EU-Binnenmarkt, eine zentrale Frage. Während ein sogenannter harter Brexit einen Austritt Großbritanniens aus dem EU-Binnenmarkt sowie der Zollunion bedeuten würde, ermöglicht eine als weicher Brexit bezeichnete Variante weiterhin das Nutzen beider Vorteile. Die derzeitige britische Regierung lehnt diese Form des Brexits ab, da Mitglieder der Zollunion keine eigenen Handelsverträge abschließen dürfen und der Zugang zum europäischen Binnenmarkt an die Akzeptanz des Zugangs von EU-BürgerInnen geknüpft ist.

Für in Großbritannien ansässige Unternehmen, vor allem die international orientierten Bereiche des Finanzsektors, ist aber der Zugang zum EU-Binnenmarkt entscheidend. Sie nutzen bislang vor allem London als Standort, um von dort aus Geschäften im EU-Raum nachzugehen. Der fehlende Zugang zum EU-Binnenmarkt würde dies erheblich erschweren.

FOLGEN FÜR DEN FINANZSEKTOR

Im Falle eines harten Brexits planen Unternehmen daher eine partielle Verlagerung ihrer Standorte in das Gebiet des künftigen europäischen Binnenmarktes. Derzeit wird von einer kurzfristigen Verlagerung von rund 10.000 Stellen insbesondere nach Frankfurt am Main, aber auch Paris oder Dublin ausgegangen. Das Gros der Abwanderung im Fall eines harten Brexits wird sich jedoch über einen längeren Zeitraum vollziehen, ein wesentlich größerer Umfang wird erwartet. Allerdings scheint es zu früh, die migrationsbezogenen Folgen des Brexits konkret zu benennen und es mehrhen sich die Stimmen, die Berichte über negativen Konsequenzen des Brexits für den Finanzsektor für übertrieben halten. Diese könnten nicht zuletzt darauf zielen, die britische Regierung in Richtung einer für die Branche positiven Brexit-Variante zu bewegen.

Schuldenschnitt

Ein Schuldenschnitt bezeichnet eine vertragliche Vereinbarung zwischen Gläubiger(n) und Schuldner(n) über einen Teilerlass von Schulden. Ziel eines Schuldenschnitts ist nicht nur die Entlastung der Schuldner, sondern aus Perspektive der Gläubiger vor allem die Absicherung der künftigen Zahlungsfähigkeit der Schuldner.

Während die Vereinbarung eines Schuldenschnitts bislang in Bezug auf hochverschuldete Staaten des globalen Südens thematisiert wurde, ist ein Schuldenschnitt derzeit vor allem im Zusammenhang mit der hohen Schuldenlast der griechischen Ökonomie in der Diskussion. Bereits 2012 erfolgte hier ein erster Schuldenschnitt im Umfang von etwa 100 Milliarden Euro, der vor allem Kredite privater Gläubiger – Banken, Investmentfonds, Versicherungen und Privatanleger – umfasste. Seitdem ist Griechenland vor allem bei öffentlichen Geldgebern verschuldet, zum Beispiel Staaten und internationalen Organisationen. Aufgrund der weiterhin hohen Schuldenlast und der daraus resultierenden negativen Konsequenzen für Bevölkerung und ökonomische Entwicklung forderte die griechische Regierung, aber auch der IWF wiederholt einen weiteren Schuldenschnitt. Dies blockieren derzeit die europäischen Kreditgeber – allen voran die deutsche Regierung.

Die Auswirkungen eines Schuldenschnitts sind in der öffentlichen Debatte hoch umstritten. Neben den positiven Aspekten der Reduzierung der Schulddlast und erhöhten Handlungsfähigkeit der Regierung der betroffenen Ökonomien wird in der Diskussion von GegnerInnen einer Politik des Schuldenschnitts auf negative Konsequenzen für die Schuldner verwiesen. Neben fehlendem Druck, Staatsfinanzen und Ökonomie umzustrukturieren, erschwere ein Schuldenschnitt den späteren Zugang zu neuen Krediten am Kapitalmarkt.

AUCH IM GLÄUBIGER-INTERESSE

BefürworterInnen eines Schuldenschnitts setzen dem entgegen, die historische Erfahrung zeige, dass die genannten Konsequenzen vor allem bei einem nicht ausreichend umfassenden Schuldenschnitt zum Tragen kämen und nur eine weitreichende Streichung von Kredit- und Zinsforderungen die notwendige – wenn auch nicht hinreichende – Voraussetzung für eine Entlastung der betroffenen Ökonomien und die hier lebende Bevölkerung biete. Zudem steige bei einer starken Überschuldung mit einem Schuldenschnitt die Wahrscheinlichkeit, dass Schuldner die Restschulden und Zinszahlungen bedienen könnten. So liegt eine Reduzierung der Forderungen durchaus im Interesse der Gläubiger.

Solidaritätszuschlag

Der Solidaritätszuschlag, auch Soli genannt, ist eine ergänzende Abgabe zur Lohn- bzw. Einkommens-, Körperschafts- und Kapitalertragsteuer. Diese wurde 1991 zunächst befristet, ab 1995 unbefristet eingeführt. Als Begründung wurden die Belastung des Bundeshaushalts durch den zweiten Golfkrieg, die Unterstützung von Ökonomien Mittel- und Osteuropas sowie insbesondere die Kosten der deutschen Einheit angeführt. Allerdings sind die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag nicht zweckgebunden, sie können für alle anfallenden Ausgaben des Bundes genutzt werden.

SCHRITTWEISE SENKUNG GEPLANT

Die Höhe des Solidaritätszuschlags beträgt seit 1998 konstant 5,5 Prozent der Lohn- bzw. Einkommens- und Körperschaftsteuer. Aufgrund verschiedener Ausnahmeregelungen für unterschiedliche Einkommensgruppen kann der Beitragssatz allerdings stark variieren: So zahlen Geringverdienende, deren jährliche Lohnsteuer 972 Euro nicht überschreitet, keinen Beitrag. Personen, deren Einkommen nur knapp über dieser Bemessungsgrenze liegt, zahlen einen verringerten Solidaritätszuschlag. Dieser steigt für Einkommen mit einer jährlichen Lohnsteuer bis etwa 1.300 Euro schrittweise auf den Höchstbetrag an und wird ab einer bestimmten Beitragshöhe wieder reduziert. Durch diese Staffelung zahlen die einkommensreichsten 20 Prozent der Bevölkerung knapp 78 Prozent des durch den Solidaritätszuschlag erwirtschafteten Betrages, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung durchschnittlich pro Person etwa zwölf Euro zahlt.

Betrachtet man allerdings die Verteilung der gesamten Steuer- und Abgabennlast, so stellt sich das Verhältnis anders dar: Personen mit geringen und mittleren Einkommen werden stark durch Sozialbeiträge und (indirekte) Steuern belastet, während die Einkommenssteuer einschließlich des Solidaritätsbeitrages kaum eine Rolle spielt.

Im Zuge der Gespräche zur Regierungsbildung zwischen CDU, CSU und SPD wird eine schrittweise Senkung des Solidaritätszuschlags um zehn Milliarden Euro bis zum Jahr 2021 geplant. Während die an den Sondierungsgesprächen beteiligten Parteien die Reduzierung des Solidaritätszuschlags als Erfolg für die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen bewerteten, fällt bei näherer Betrachtung auf, dass von spürbaren finanziellen Erleichterungen für diese Einkommensgruppen kaum die Rede sein kann: Fällt der Solidaritätszuschlag weg oder wird stark reduziert, profitieren Geringverdienende und mittlere Einkommen davon kaum, während höhere Einkommen durch den unterschiedlichen Beitragsumfang deutlich mehr davon hätten. Passend dazu ist von einer umfassenderen Umverteilung der Sozialbeiträge und Steuern gar nicht erst die Rede.

Texte: **Jenny Simon**

WIRTSCHAFT IN BILDERN

Raus aus der Pubertät

CORINNA VOSSE

Während ich dies schreibe, sind mal wieder Sondierungsgespräche zu Koalitionsverhandlungen im Gang. Wenn Sie den Text lesen, haben wir vielleicht wieder eine Regierung oder zumindest ein Einvernehmen darüber, wer für diese Herausforderung antritt. Ich finde das allein schon löblich, ist Regieren doch eine Aufgabe, an der Menschen derzeit nur scheitern können. Egal, welches Politikfeld ich mir vorstelle – der Problemdruck ist überall so groß, dass eigentlich alles von Grund auf anders aufgebaut werden müsste.

Alte Paradigmen behindern unser Denken, Verwaltungsabläufe sind nicht kompatibel mit verbreiteten Kommunikationstechniken, überkommene Verordnungen passen nicht zu heutigen Problemen, Produktion ist nicht eingestellt auf eine Welt mit endlichen Ressourcen, und wir Menschen haben ganz alltäglich Gewohnheiten und Ansprüche ausgebildet, die uns zum Gegner unseres eigenen Lebensraums machen.

Als wäre das nicht Herausforderung genug, gibt es außerdem bei jeder Ankündigung einer staatlichen Intervention in dieses dysfunktionale Gefüge eine gut organisierte und medienwirksam platzierte Gegenkampagne. Transformation ist dringend nötig, aber genau dieser Tatbestand darf aus diesem und jenem wirtschaftlichen und sozialen Grund auf keinen Fall angefasst werden. Untermauert

ist die Position mit einer Drohung. Ob die aus Wirtschaft oder Zivilgesellschaft kommt, also Arbeitsplatzabbau oder Wählerstimmenzug lautet, hängt vom Thema ab.

Unser Politikproblem hat also mindestens diese zwei strukturellen Dimensionen: Auf der Seite der Politik fehlen Gestaltungswille und Durchsetzungsbereitschaft. Auf der Empfängerseite politischer Gestaltung fehlen Veränderungsbereitschaft und Solidarität. Politisches Handeln kann deshalb kaum initiiert oder verbreitet werden. Da tut man doch besser gleich so, als gäbe es keinen Handlungsbedarf. Am Politikfeld Ernährung und Landwirtschaft lässt sich das gerade schön veranschaulichen.

Das zuständige Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat bereits den Jahresbericht Ernährung 2018 vorgelegt. Er basiert auf Befragungen von 1.000 Personen und weist aus, dass alles zum Besten steht oder wenigstens auf einem guten Weg ist. Zum Beispiel sagen 90 Prozent der Befragten aus, sie seien bereit, für Tierwohl höhere Preise zu bezahlen. Für mich klingt das sehr nach einer Antwort im Sinne sozialer Erwünschtheit. Im Kontext des Berichts wird suggeriert, eine verbindliche staatliche Regulierung industrieller Tierhaltung zum Schutz von Tieren und sonstiger Mitwelt sei überflüssig, das regelt sich alles über den Markt und ein freiwilliges Label.

An anderer Stelle wird ausgeführt, dass 72 Prozent der

Befragten täglich Obst oder Gemüse essen. Ob damit ein Apfel gemeint ist oder die empfohlenen fünf Portionsbausteine bleibt unklar. Klar ist die Botschaft: Alles ist im grünen Bereich, auch ohne politische Intervention, zum Beispiel zur Einführung einer verpflichtenden Lebensmittel-Ampel. Der Bericht schließt mit zuversichtlichen Worten zum Thema Lebensmittelverschwendung und weist als einen Erfolg des Ministeriums die Verbreitung der ‚Beste-Reste-App‘ zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen im Haushalt aus. Das Herunterladen einer App lässt Schlüsse zu über Medienaffinität oder Interesse am Thema, nicht aber über den Umgang mit Lebensmitteln, würde ich sagen.

Soviel zur Sicht des Ministeriums. Wer jetzt noch Fragen hat, kann sich zum Glück auch im zeitgleich erschienenen Fleischatlas 2018 informieren. Inhaltlich beantwortet wird er von der Heinrich-Böll-Stiftung und vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Nun ahnt man schon, hier wird die Schweinchenrosas Welt des BMEL getrübt. Kurz gesagt: Wir kaufen zu viel Fleisch, die Landwirtschaft bedient diese Nachfrage und die Politik lässt es zu, bzw. macht es möglich. Folgen sind allbekannt: Tierleid, Grundwasserbelastung, Regenwaldabholzung für Futtermittelanbau, Zerstörung der Märkte für regionale bäuerliche Tierhaltung.

Zusammen gesehen sind die Berichte ein bedrückender Beleg für unsere gesellschaftliche

Unfähigkeit, Wirtschaft nachhaltig zu gestalten. Am konkreten Fall bestätigt sich, alle gesellschaftlichen Sektoren sind an der Aufrechterhaltung des Status Quo beteiligt: Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat. Ich befürworte nicht die Individualisierung von gesellschaftlichen Problemen. Aber galt nicht auch mal: Das Private ist politisch?

Bloß was bedeutet das heute? Ich denke, es heißt eben nicht, ich werde zur dogmatischen Veganerin und trage bei zu Frontenbildung und Moralisierung. Es beinhaltet vielmehr, mich für die Schaffung anderer Strukturen einzusetzen und so taugliche gesellschaftliche Lösungen mitzugestalten und mitzutragen. Das eine tun und das andere nicht lassen.

Vielleicht reproduzieren wir als Gesellschaft immer wieder eine Politik, die wir dann bekämpfen können. Damit jemand anderes Schuld ist. So ähnlich wie im Verhältnis von Kindern und Eltern während der Pubertät. Ich denke, es ist an der Zeit, dass wir uns aus der Pubertät herauswagen. Vielleicht wachsen wir dann auf, und es gibt eine tatkräftige Regierung.



Corinna Vosse ist Wissenschaftlerin, Beraterin und Geschäftsführerin der Akademie für

Suffizienz, einem Reallabor für ökologisches Wirtschaften. Sie arbeitet zudem im Zentrum für Kulturforschung, Berlin.

Die Hörsäle und die Reihenhäuser

Waren »die 1968er« zu weit weg von den Arbeitern? Über die Chance, aus der Geschichte etwas über »Einheit in Differenz« zu lernen

TOM STROHSCHNEIDER

Muss über Alexander Dobrindts Ruf nach einer »konservativen Revolution« noch geredet werden? Patrick Bahners hat den Bürger, gemeint als Mehrheit, als Citizen, schon gegen die unangemessene Inanspruchnahme durch das rechte Manifest verteidigt. Georg Diez hat sich zum »Retorten-Reaktionär« aus der CSU geäußert und die Forderung erhoben, nicht länger zuzulassen, dass »rechte Kräfte ›Freiheit‹ als Kampfbegriff gegen Fortschritt instrumentalisieren.« Auch das zur Mobilisierung der angeblich Macht- und Stimmlosen gemalte Zerrbild »linker Eliten« und ihrer angeblichen einflussreichen »Bastionen« hat reich illustrierten Widerruf erfahren. Ende der Debatte?

Ein Nachtrag sei zumindest noch vorge schlagen, und er hat etwas mit Dobrindts Behauptung zu tun. »die 68er« seien »immer eine Elitenbewegung« gewesen, »eine Bürger-, Arbeiter- oder Volksbewegung waren sie nie«. Was sich Dobrindt da als eine Art negatives historisches Subjekt vorstellt, ganz einheitlich, ohne Widersprüche, kommt für ihn ausschließlich »aus den Hörsälen und Redaktionsräumen«, aber, so schreibt es der sonst um die dort Wohnenden so umfassend besorgte CSU-Mann, »nicht aus den Reihenhäusern und Fabriken«.

Es klingt in diesen Formulierungen etwas an, das man auch aus der linken Debatte unserer Tage kennt, sozusagen das »Eribon-Moment«: Die Linken hätten sich mehr und mehr auf Fragen der Kultur und Identität beschränkt und dabei die Arbeiterklasse und die einfachen Leute aus dem Blick verloren. Was dabei unter der Fahne der Emanzipation in Marsch gesetzt wurde, habe das »Kulturelle« gegen das »Soziale« ausgespielt, sei zum Treibstoff einer auf Identitätsfragen versessenen »neoliberalen Linken« geworden: einer Elite sozusagen, die »aus den Hörsälen und Redaktionsräumen« kam und letzten Endes gegen die Interessen derer in »den Reihenhäusern und Fabriken« agierte.

Auch diese Fehlrezeption einer an sich notwendig-kritischen Rückschau auf die Fehlschläge und Unzulänglichkeiten in der Verbindung von sozialen und kulturellen Kämpfen malt gern einmal das Bild von »den 68ern« an die Wand.

Zwei Denkfehler verbinden diese, ansonsten in ihrer Motivlage so unterschiedlichen Sichtweisen: Erstens wird »1968« darin stark auf bestimmte Aspekte reduziert, vereinheitlicht und nur vom Ende der Geschichte aus betrachtet. Auch ist beiden eine Sicht auf soziale Bewegung eigen, die diese als Resultat des bloßen Wollens, aber weniger als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse und Krisen sehen will. Zugespitzt hat die Kritik daran (aus konservativer Sicht) Alexander Grau mit dem Hinweis, dass die »gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse, die mit 68 assoziiert werden, schon sehr viel früher« einsetzen; was als Revolte abblief, war also »nicht der Auslöser einer gesellschaftlichen Revolution, sondern deren Ergebnis«.

Der zweite Fehler besteht darin, die Verschränktheit von sozialen und kulturellen Motiven auszublenden. Weil der »proletarische Mai«, die Unruhe in den Betrieben, die Lehrerbewegung, das übergreifende Bündnis gegen die Notstandsgesetze, an dem sich auch Teile der Kirchen beteiligten, das internationalistische Band der Anti-Vietnamkriegshaltung, die Kontroversen zwischen Gewerkschaften und Studenten und vieles mehr weggelassen wird, kommt erst gar nicht der

Gedanke an eine mögliche »plurale Einheit« (Angelika Ebbinghaus) auf.

Zwei verbindende strukturelle Ursachen dieser »pluralen Einheit« sind leicht ausgemacht: Man mag Anfang und Ende von »1968« unterschiedlich markieren, immer jedoch wird dahinter als Bezugspunkt das Ende der Wachstumsperiode des globalen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg und die Krise des Fordismus wahrzunehmen sein. Ein zweiter Punkt ist die Bildungsexpansion, die Zahl der Jugendlichen, die eine mittlere und höhere Ausbildung durchlaufen hatten, war seit 1945 stark gewachsen.

Beiden Ursachen kann man widersprüchliche Momente zuordnen: Der wachsende Wohlstand, der auf der politisch gewollten Umverteilung eines vergleichsweise großen Mehrprodukts basierte, ließ einerseits neue Ansprüche wachsen – solche der persönlichen Autonomie, des Konsums, der individuellen Lebensführung –, andererseits geriet die Erfüllung dieser Bedürfnisse mit der Krise des Fordismus unter Druck, worauf mit wachsender Unruhe in den Betrieben reagiert wurde. Diese war stärker als je zuvor vom Wunsch nach Autonomie, mit Fragen der moralischen Ökonomie, auch mit Auseinandersetzungen um Gleichheit verbunden; etwas, das auch aus den Bewegungen der Studenten und Schüler zurückwirkte. Diese wiederum agierten nicht nur gegen den »Muff von 1000 Jahren«, gegen autoritäre Zurichtung der Subjekte und für einen kulturellen Aufbruch. Sondern ihre Kämpfe hatten natürlich ihre soziale Dimension, es ging unter anderem darum, das per Bildung befeuerte Aufstiegsversprechen auch zu realisieren, was an die Grenzen des Gegebenen stieß – sei es die Struktur von Universitäten, seien es die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr, sei es die Aussicht auf eine Lohnarbeit.

Peter Birke hat in dem Sammelband »Alte Linke – Neue Linke?« den schönen Satz geprägt: »Die Revolution begann nicht in der Fabrik, aber sie stand fast überall in Relation zu diesem Ort.« Das mag in Frankreich und Italien weit stärker so gewesen sein als in der Bundesrepublik. In der DDR blickte man nach Prag und sah dort einen politischen Frühling, der sich auch in die Betriebe auswuchs, wo es um Demokratisierung, um neue Rollen, eben um Freiheit ging. Im Westen waren dabei die Verknüpfungen mit migrantischen und feministischen Kämpfen viel deutlicher. Junge Arbeiter führen in die Universitäten, sahen sich dort mit Sprechbarrieren konfrontiert – fühlten aber das kulturelle Band.

In der Bundesrepublik hatten schon in den früheren 1960er Jahren Arbeitskämpfe um die Höherwertung von »Frauenlohngruppen« oder für bessere Behandlung von migrantischen Arbeitern stattgefunden. An den Protesten gegen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr beteiligten sich zwischen 1967 und 1969 in vielen Städten auch die Beschäftigten, gerade die jüngeren. Es gab eine Lehrkräftebewegung, eine der Schüler, einen Heimkinder-Aufbruch und so fort. Menschen aus proletarischen Elternhäusern, aus kleinbürgerlichen Familien. Natürlich gab es schier unüberwindliche Widersprüche – die einen suchten nach Alternativen zur Lohnarbeit, die anderen wollten genau die nur unter besseren Bedingungen.

Aber die »Einheit« bestand mitunter darin, diese »Differenz« zu erkennen und sie zum Thema zu machen. Das könnte übrigens auch ein Schlüssel für heute sein. Mal waren die neuen Bewegungen, »die 68er«, mehr ein Scharnier zwischen Fabrik und Gesellschaft, mal waren es die Beschäftigten. Mal waren die Auseinandersetzungen »auf die Kondition

Die Revolution begann nicht in der Fabrik, aber sie stand fast überall in Relation zu diesem Ort.

der Proletarität« stärker bezogen, mal weniger. Doch es waren eben nicht nur die in den »Hörsälen und Redaktionsräumen«, die einen umfassenderen Ruf nach individueller und kollektiver Freiheit formulierten, sondern dies geschah auch in den »Reihenhäusern und Fabriken«. Gerd-Rainer Horn schreibt in »1968 und die Arbeiter«: Diese »verloren ihre Angst gegenüber ... den kleinen wie den großen Chefs. Sie ergriffen das Wort – und dieser Ausdruck ist wortwörtlich zu nehmen, im Sinne von prise de parole.«

Indem man diesen Teil des langen Aufbruchs von »1968« wieder stärker in Betracht zieht, werden auch die Einseitigkeiten mancher damaliger Darstellungen überwindbar. Herbert Marcuses Diktum von der integrierten Arbeiterklasse, die nicht mehr zur »großen Weigerung« fähig sei, mag mit Blick auf die damalige Politik der Gewerkschaftsapparate noch nachvollziehbar sein. Als Gesamturteil taugt es so wenig wie die Idee, nur noch kritische Minderheiten und Randgruppen hätten das Zeug zum historischen Subjekt.

»Das Potential, das die Geschichte der Arbeitskämpfe« auch der 1960er Jahre in sich trägt, schreibt Birke, liegt darin, dass es sich hier um eine »Geschichte der Veröffentlichung der Unzufriedenheit mit der Lohnarbeit« und der ihr zugrunde liegenden Produktionsverhältnisse handelt. In denen ist das angeblich Trennende (hier die Hörsäle, dort die Fabriken; hier die Einheimischen, dort die Migranten; hier die Frauen, dort die Familienernährer) gesellschaftlich zusammengeschweißt. Das hat die progressive Linke nicht immer gut begriffen und politisch ist die Erfolgsliste vielleicht auch gar nicht so lang.

Aber man könnte ja daraus lernen. Der Konflikt beinhaltete um 1968 weitaus mehr »als die Verteilungsfrage bzw. die Forderung nach der Sicherheit der Normalarbeit«, schreibt Birke. »Immer wieder geht es auch um den Bruch mit den Grenzen der Fabrik und ihrer inneren Vergemeinschaftungsformen, um die Aneignung eines Lebens, das möglich wäre und schon ganz greifbar erscheint.« Nicht einfach, daraus für heute eine »Politik« zu machen. Und es geht auch nicht um ein neues historisches Vorbild, das unkritisch angeeignet werden soll. Aber 1968 ist wichtig, um zu begreifen, dass der Graben zwischen »den Hörsälen und Redaktionsräumen« und »den Reihenhäusern und Fabriken« nicht so tief sein muss. Und überwindbar.

Peter Birke, Bernd Hüttner, Gottfried Oy (Hrsg.): **Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion**, Karl Dietz Verlag, Berlin 2009.

Bernd Gehrke und Gerd-Rainer Horn (Hrsg.): **1968 und die Arbeiter. Studien zum »proletarischen Mai« in Europa**, VSA Hamburg 2007. Eine Neuauflage erscheint im März 2018.

ANZEIGE



FRAUENTAG

MÄRZ 1928

WIR DEMONSTRIEREN:
FÜR DEN FRIEDEN

FÜR JUGENDFÜRSORGE UND JUGENDERZIEHUNG
FÜR ALTERS-UND INVALIDENVERSICHERUNG
FÜR DIE GLEICHSTELLUNG DER FRAU IM FAMILIENRECHTE
FÜR DIE REFORM DES EHERECHTES
FÜR DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

GEGEN DEN §144 IM NEUEN STRAFGESETZ
GEGEN DEN ABBAU DES MIETERSCHUTZES